

Arbeiter-Zeitung

**Gegen die Rechten!
Für die Armen!
Wählt Kommunisten!
Liste**

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schotländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krasnitzer Straße 50. Fernsprecher 400 39. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Krasnitzer Straße 50 (Vorberghaus). Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Verlagsanstalt: Breslau. — Verlagsort: Schlesiens Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau 10, Krasnitzer Straße 50. Fernsprecher 400 39.

Sozialdemokratische Klassengenossen!

Laßt euch nicht an die faschistischen Hente ausliefern!

Nicht der Stimmzettel beseitigt die faschistische Militär- und Hungerdiktatur, sondern die Antifaschistische Aktion, der politische Massenstreik! — Brüning rühmt die Schande Severings!

Der Parteivorstand und Parteiausschuss der SPD. haben in der gestrigen Sitzung ebenfalls wie der ADGB. den Beschluß gefaßt, den Generalstreik gegen die Militärdiktatur nicht zur Durchführung zu bringen. In dem Beschluß wird eine infame Heße gegen die kommunistische Partei entfaltet und man stellt darin die Behauptung auf, daß die Kommunisten seit Jahren Schulter an Schulter mit den Nationalsozialisten gekämpft hätten, und daß sich die SPD. nicht von „Bundesgenossen der Nationalsozialisten“ den Kampf verschreiben lasse. Man fordert die sozialdemokratischen Arbeiter auf, „Ruhe und Besonnenheit“ zu bewahren und den 31. Juli zum Tag des Gerichts gegen die Regierung der Barone und ihrer nationalsozialistischen Helfer zu machen.

Die „Schlesische Zeitung“ gibt den Beschluß der SPD. mit voller Genußnahme wieder. Sie bringt ihre Meldung mit der Ueberschrift: „Generalstreik endgültig abgeblasen — Die Sozialdemokratie sagt sich von der kommunistischen Heße los.“

Die SPD. spielt die gleiche Rolle wie in den Jahren 1919/20 und 1923, und will mit ihrer „Kampf“parole des Stimmzettels das Proletariat und auch die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter an die faschistischen Hente ausliefern. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen nun jetzt zu dem Erkenntnis kommen, welche verbrecherische Rolle die SPD.-Führerschaft betreibt. Der frühere Reichskanzler Brüning, das „kleinere Uebel“, hat in seiner Rede in München am Mittwochabend unter anderem folgendes erklärt:

„Man müsse aber auch fragen, ob es notwendig war, die Dinge in dieser Form durchzuführen, ob es notwendig war, einen Mann wie Severing zu brüskieren, der wie kein anderer 14 Jahre seines Lebens gegen den Kommunismus und für das deutsche Volk gearbeitet habe.“

... und fuhr dann fort, daß niemand das Verbrechen auf sich nehmen könnte, die Sozialdemokratie in die radikale Opposition zum Staat zurückzuwerfen, wenn sie stark und mutig bleibe und den Kommunismus weiter auf das schärfste bekämpfe.“

SPD.-Klassengenossen! Wir fragen euch: Ist die Behauptung, daß die Kommunisten die Bundesgenossen der Nationalsozialisten sind, wahr oder nicht? Der Herr Brüning, ein Feind der arbeitenden Klasse, hat in seiner Rede nur das bestätigt, was wir Kommunisten von euren Führern immer und immer wieder behauptet haben, daß sie Knechte der Ausbeuterklasse sind.

Wir rufen euch, sozialdemokratische Arbeiter und freigezelligkeitskollegen auf, mit uns Kommunisten in der Front der Antifaschistischen Aktion, die von der Bourgeoisie wie die Pest gehaßt wird, den außerparlamentarischen Massenkampf, den politischen Massenstreik gegen die Militärdiktatur, gegen alle Unterdrückungsmaßnahmen, gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Beschäftigungs- und Salzsteuer zur Auslöschung zu bringen.

Das Beispiel von Ziebingen

Wie die Antifaschistische Aktion kämpft und siegt

Mit elementarer Wucht hat die Antifaschistische Aktion Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen, Millionen Jugendlicher in Deutschland erfasst und zu einer kampfgewillten Front gegen die Papen-Schleicher-Hitler-Diktatur und die braunen Notverordnungsbanden formiert. 10 Tage kennen uns noch von dem 31. Juli, dem Tag der Reichstagswahl. Für die kommunistische Partei und die antifaschistischen Kämpfer ist dieser Tag kein „Entscheidungstag“, im Sinne des sozialdemokratischen Wahlbetrugs. Für die kommunistische Partei ist der 31. Juli kein Tag des Wahlschachers. Der 31. Juli aber muß und wird für die Antifaschisten in ganz Deutschland ein Tag der weiteren Steigerung und Fortführung der außerparlamentarischen Antifaschistischen Aktion sein, ein Tag der roten Heerschau und neuer Kampfmobilisierung gegen die Hungermaßnahmen der Regierenden, für die Arbeiter- und Bauernregierung, für den Sozialismus.

Wie die Antifaschistische Aktion geführt werden muß, zeigt ein glänzendes Beispiel der Grube „Bach“ in Ziebingen gegen den Naziterror, für betriebliche Forderungen der Arbeiter. Wir geben nachstehend einen Ueberblick über den Verlauf dieser Aktion, die am vergangenen Sonntag begonnen hat:

Sonntag, den 10. Juli.
Eine gewaltige Demonstration in Ziebingen gegen Hunger und Faschismus, eüberufen durch den Einheitsausschuss der Antifaschistischen Aktion. 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen teil, darunter Reichsbannerarbeiter, Hammerstreikmitglieder, SPD.-Arbeiter mit Abzeichen.

Montag, den 11. Juli.
Naziverammlung in Ziebingen. Die Nazis hatten einen kommunistischen und einen sozialdemokratischen Distriktsredner aufgefördert, in der Versammlung zu sprechen. Ziebingen glied einem Heerlager der Polizei. Aus Kottbus, Guben und Frankfurt waren starke Formationen von Landjägern herangezogen worden, die im weiten Umkreis die Straßen abherrten. Die Ziebingen-Arbeiterschaft war auf den Straßen. In der Naziverammlung waren nur ein paar Mann. In allen Teilen des Ortes bildeten sich Demonstrationen, die durch Sprechschöre gegen die braunen Banden, gegen die Notverordnungs-diktatur demonstrierten und Nachrufe auf Sowjetdeutschland ausbrachten. Eine Unterchied der Parteizugehörigkeit beteiligten sich die Arbeiter Ziebingens an diesen Demonstrationen. Unter starker Polizeibewachung wurden die Nazis nach zwei entfernt gelegenen Ortschaften gebracht. Auch dort wurden sie von den demonstrierenden und protestierenden Arbeitern empfangen.

Dienstag, den 12. Juli.
Verhaftung des Polizeilers der Ortsgruppe der kommunistischen Partei und eines Arbeiters der Eisernen Front. Aus Guben erschien ein Staatsanwalt, der einen Lokaltermin für Mittwoch anberaunte. Revolutionäre Arbeiter, die am Montag von der Polizei verhaftet wurden, sowie einige Nazis wurden bereits am Dienstag nach Ziebingen gebracht. Der Einheitsausschuss und die Ortsgruppe der kommunistischen Partei forderten durch Flugblätter und Propagandafolien die Ziebingen-Arbeiterschaft, die Betriebe und Baustellen zur Protestdemonstration am Tage des Lokaltermins auf.

Mittwoch, den 13. Juli.
Vormittags Lokaltermin im Gemeindehaus. Die gesamte Ziebingen-Bevölkerung marschiert demonstrativ zum Gemeindehaus, an der Spitze zahlreiche Arbeiterfrauen. In dichten Massen umlagerte die Bevölkerung das Gemeindehaus, Sprechschöre ertönen: „Heraus mit den verhafteten revolutionären Arbeitern!“ Die Massen erhoben die Forderung: „Went nicht die sofortige Freilassung der verhafteten Arbeiter vorgenommen wird, treten die Betriebe in den Proteststreik.“ Der Versuch der Polizei, den verhafteten Polizeiler der Ortsgruppe der KPD. Ziebingen abzutransportieren, mißlang. Neue Verstärkung der Polizei rückte an, die mit erhobenen Gummiknüppeln gegen die Massen vorgehen wollte. Wie eine eiserne Mauer standen die Ziebingen-Arbeiter. Gewisse Krüger, der Polizeiler unserer Ortsgruppe, wurde wie ein Schwein mit Handschellen gefesselt zum Polizeiauto geführt. Spontan kam der vieltausendstimmige Ruf: „Rüger muß zu uns sprechen!“ Unter dem Druck der Massen billigte der Staats-

Papen behält Nozke und Zörgiebel!

Auf Grund des § 3 der Verordnung betreffend die einstweilige Veretzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand vom 26. Februar 1919 (Gesetzsammlung Seite 33) werden unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einwillen in den Ruhestand versetzt:

Die Staatssekretäre Dr. Meegg im Ministerium des Innern, Dr. Staudinger im Ministerium für Handel und Gewerbe, Krüger im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Die Oberpräsidenten Staatsminister a. D. Lüdemann der Provinz Niederschlesien, Dr. Falk der Provinz Sachsen, Kurbis der Provinz Schlesien-Westpreußen, Haas der Provinz Posen-Naheau.

Die Regierungspräsidenten Dr. Fikner in Frankfurt a. O., Simons in Magdeburg, Weber in Magdeburg, v. Parnack in Merseburg, Dr. Herbst in Lüneburg, Dr. Amelangen in Münster i. Westf.

Die Polizeipräsidenten Tike in Königsberg i. Pr., Dietrich in Kiel, Baurneich in Köln, Frängel in Eibing, Schöbel in Gagen i. W., Hohenstein in Kassel, Ossowski in Oppeln, Eggerstedt in Altona.

Die Polizeidirektoren Mai in Wilhelmshaven, Dr. Thiemann in Schneidemühl.

Außerdem wird in den einstweiligen Ruhestand versetzt der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Dr. Badt. Der dem Ministerialdirektor Dr. Badt erteilte Auftrag, die Klage der bisherigen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof betreffend die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zu vertreten, bleibt bestehen.

Die oben angeführten „Herren“ werden in den Ruhestand versetzt, bekommen hohe Wartegelder, die nicht viel geringer sind als die jetzigen hohen Gehälter, während die Millionen Erwerbslosen ab 25. Juli ihre Hungerunterstützung erneut gerürzt bekommen. An die Stelle der sozialdemokratischen Staatsfunktionäre kommen jetzt Leute aus den Reihen Sugenbergs und Sillers. Den nationalsozialistischen Arbeitern, kleinen Beamten und Angestellten und Gewerbetreibenden ist nur zu sagen, daß für sie damit keine Erleichterung ihrer schwierigen Lebenslage eintritt.

Die Sozialdemokraten Nozke und Zörgiebel befinden sich heute noch nicht auf der obigen Liste und das ist gerade bezeichnend für die Rolle dieser Leute. Die Bourgeoisie weiß, daß sie Nozke und Zörgiebel zu besonderem Dank verpflichtet ist. Nozke und Zörgiebel sind durch ihre Taten der Arbeiterklasse genügend bekannt. Selbst breite Teile der sozialdemokratischen Arbeiter sind von ihnen abgerückt. Die Papen-Regierung braucht gerade jetzt diese „bewährten“ sozialdemokratischen Führer zur Durchführung der faschistischen Hungerdiktatur.

Betriebszellen, Straßenzellen und Ortsgruppen!
Heraus mit selbsthergestelltem Agitationsmaterial!
Mit Betriebszeitungen und Flugblättern unter die Massen!
Mobilisiert zur Wahl der KPD. — Liste 3.



Massen-Selbstschutz

gegen Nazi-Terror und Arbeitermord

Hinweg mit den Nazi-Mordlokalen!
Hinweg mit der faschistischen Papen-Regierung!

anwält und die Polizei dem Genossen Krüger zu, vom Gemeindehaus aus acht Minuten zu sprechen.

Genosse Krüger verabschiedete sich von der Ziebingener Arbeiter-Masse mit der Aufforderung, am anderen Tage einen Protestmarsch durchzuführen und noch härter als bisher die Antifaschistische Einheitsfront zu schmieden; mit einem „Rot-Front“, das von den Massen begeistert erwidert wurde, verließ Genosse Krüger auf dem Polizeifeldzug Ziebingen. Bis in die späten Nachtstunden dauerten die Protestaktionen der Ziebingener Arbeiterschaft an.

Donnerstag, den 14. Juli.

In den frühen Morgenstunden fanden Belegschaftsversammlungen der Grube „Bach“ und der Pumpstellen statt. In diesen Versammlungen wurde der folgende 24stündige Proteststreik für folgende Änderungen beschlossen:

1. Zurückziehung der Polizei aus Ziebingen;
2. Freilassung der verhafteten revolutionären Arbeiter.

Freitag, den 15. Juli.

Geplänkter Proteststreik der Grube „Bach“, Massenstreikposten der Betriebsarbeiter, Delegationen der Streikenden zu den Pumpstellen, die mit Ausnahme von zwei Pumpstellen sofort in den Streik traten.

Der beschlossene Proteststreik hatte schon in den ersten Stunden einen durchschlagenden Erfolg.

Mittags wurde die Polizei aus Ziebingen zurückgezogen.

Die streikenden Arbeiter der Grube „Bach“ wählten eine Verhandlungskommission, die der Direktion folgende Forderungen unterbreitete:

1. Sofortige Entlassung des Naziprozesskassiers Mann, der in der Naziversammlung gegen die Arbeiterschaft gehetzt hatte.
2. Zurückziehung der Maßnahmen der Direktion, daß bei mangelndem Gehalt die veräumte Zeit vom Urlaub abgezogen wird.
3. Durchführung der Unfallvorschriften.
4. Keinerlei Maßregelung bei Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Direktion hat unter der Wacht des Streiks sämtliche Forderungen angenommen. Der Naziprozesskassier Mann wurde sofort entlassen.

Der Versuch eines Bauunternehmers, die streikenden Bauarbeiter einer Pumpstelle fristlos zu entlassen, mißlang. Der Unternehmer mußte die Entlassung zurücknehmen.

Am Freitagnachmittag versuchte der Gewerkschaftssekretär Struinski hinter dem Rücken der Belegschaft mit der Direktion zu verhandeln. Die streikenden Arbeiter erklärten, daß sie die „Sprache“ des Gewerkschaftssekretärs nicht brauchen, und Versuche, die Einheitsfront der Arbeiter zu zerbrechen, werden scheitern. Die Erklärung des Gewerkschaftssekretärs Struinski, daß er gekommen sei, die Streikenden in ihrem Kampf zu unterstützen, löste ein schallendes Gelächter bei den streikenden Arbeitern aus. Ein Arbeiter rief ihm zu: „Du hast dich erst gar nicht kommen brauchen, wir führen unseren Kampf auch ohne Gewerkschaftsabsonnen.“

Die Belegschaftsversammlung der streikenden Arbeiter beschloß, da alle Forderungen erfüllt sind, den Streik am Freitag abzubrechen und am Sonnabend die Arbeit wieder aufzunehmen. In dieser Versammlung sprach ein Vertreter der KPD, der die Arbeiter aufforderte, Mitglieder der revolutionären Gewerkschaftsorganisation zu werden. Da die Aufnahmeformulare nicht ausreichten, schickten am Sonnabend durch den Betrieb Listen, auf denen zahlreiche Arbeiter sich als Mitglieder der KPD. einzeichneten.

Die Aktion der Ziebingener Arbeiterschaft ist ein glänzendes Beispiel dafür, wie die Antifaschistische Aktion geführt werden muß. Die Besetzung der Grube durch die rote Einheitsfront gegen die Vorhölle der Unternehmern, gegen Naziterror.

Preußengrube von Polizei besetzt

Belegschaft verweigert die Arbeit unter polizeilicher Besetzung der Grube

Hindenburg, 22. Juli. Die faschistischen Maßnahmen der Papen-Regierung der letzten Stunden haben unter den Belegschaften der Gruben ungeheure Erregung ausgelöst. Am Donnerstag morgen war die Preußengrube durch zwei Ueberfallkommandos besetzt. Schon wird die Staatsmacht mobilisiert, um die Erregung und den Kampf der Stumpels niederzuhalten. Die Belegschaft der Preußengrube verweigerte die Arbeit unter polizeilicher Besetzung der Grube. Die Polizei zog daraufhin ab. Sollte sich die Besetzung in den nächsten Tagen wiederholen, wird die Belegschaft die Einfahrt verweigern.

Die Stumpels der Preußengrube haben vollkommen recht gehandelt, wenn sie sich weigerten, auch noch unter dem Polizeiknüppel für die Hungerspennige zu schuften. Dieses Beispiel muß wegweisend

sein, nicht nur für alle Grubenbelegschaften, sondern für alle Betriebsarbeiter überhaupt.

Koferei Konfordiagrube entläßt 150 Kumpel

Hindenburg, 22. Juli. Am 18. Juli wurden auf der Konfordiagrube 150 Arbeiter und 7 Angestellte gefoltert, so daß am 2. August der Betrieb stillgelegt wird. Vor kurzem wurden noch die Kotsäfen erneuert und der Schornstein vergrößert. Infolge Abjammangel muß auch dieser Betrieb verschrottet werden.

Papens Kundfuntrede gegen die KPD.

Die einzige antifaschistische, antikapitalistische Partei soll unterdrückt werden

Die Kundfuntrede, die der von Hitler unterstützte Reichszugler Papen am 20. Juli hielt, war nur gegen die kommunistische Partei gerichtet. In einer Sprache, wie sie derjenigen der nationalsozialistischen Presse gleicht, kündigte Papen die schärfste Verfolgung der kommunistischen Partei an. Er erklärte, daß die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes und die Ablösung der Preußen-Regierung durch die ihm genehmen Männer nur den Zweck hat, das schärfste Vorgehen gegen die kommunistische Partei zu ermöglichen. Papen erklärte u. a.:

„Die kommunistische Partei Deutschlands erstrebt nach ihrem eigenen Bekenntnis und nach zahlreichen Feststellungen des höchsten deutschen Gerichts den gewalttätigen Umsturz der Verfassung. Sie arbeitet seit Jahr und Tag mit allen Mitteln an der Zerstörung von Polizei und Wehrmacht. Sie verfolgt mit den verschiedensten Methoden die Zerstörung der religiösen, sittlichen und kulturellen Grundlagen unseres Volkstums, und endlich ist es die kommunistische Partei, die durch ihre illegalen Terrorgruppen Gewalt und Mord in den politischen Kampf hineingetragen hat.“

Jeder Werktätige sieht, daß kein Unterschied ist zwischen der Sprache Papens und der Sprache Hitlers. Noch deutlicher wird die enge Gemeinschaft von Papen und Hitler durch folgenden Passus der Papen-Rede:

„Ich sehe nicht an, in aller Offenheit zu erklären, daß es die sittliche Pflicht einer jeden Regierung ist, einen klaren Trennungsschnitt zwischen den Feinden des Staates, den Zerstörern unserer Kultur, und den um das Gemeinwohl ringenden Kräften unseres Volkes zu ziehen.“

„Mit den um das Gemeinwohl ringenden Kräften unseres Volkes“ meint Papen die Nationalsozialisten und die übrigen Faschisten. Papen behauptet, die abgesetzte Preußenregierung habe Kommunisten und Nationalsozialisten gleichgesetzt, es sei unzulässig, „die staatsfeindlichen Kräfte des Kommunismus“ mit der „aufstrebenden Bewegung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ gleichzusetzen.

Inwieweit stimmen wir Papen vollkommen bei, daß es eine Unmöglichkeit ist, die Nazipartei mit der kommunistischen Partei auf eine Stufe zu stellen.

Die Nazipartei will die Erhaltung des kapitalistischen Systems, das all das ungeheure Elend über das werktätige Volk gebracht hat. Die kommunistische Partei will dieses Elend des werktätigen

Volkes beseitigen, durch Ueberwindung des kapitalistischen Wahnsinns, durch den sozialistischen Aufbau, wie er in der Sowjetunion vor sich geht, wo es keine Arbeitslosen gibt und wo die Lebenshaltung der Werktätigen sich ununterbrochen bessert.

Die Nazipartei ist im Bunde mit der Papen-Regierung, die Nazipartei ist für die Notverordnungen der Papen-Regierung, für die Unterdrückung der Arbeiter, die die Arbeitslosen, Altersrentner und Kriegssopfer so furchtbar trifft.

Die kommunistische Partei kämpft gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, für die Lebensforderungen des werktätigen Volkes.

Die Nazipartei will durch faschistischen Terror, durch politische Verfolgungen und Belagerungszustand das arbeitende Volk einschüchtern, damit die Großkapitalisten mit dem Lohn- und Unterstützungsabbau immer weiter gehen können.

Die kommunistische Partei kämpft für die Freiheit des werktätigen Volkes, sie setzt alles ein, um die breiteste rote Einheitsfront des Kampfes gegen das kapitalistische System zu schaffen.

Das ist der Unterschied!

Die Papen-Hitler haben mit den SPD-Führern Differenzen, die SPD-Führer sollen eine Anzahl Posten zugunsten faschistischer Männer räumen. Aber nicht in der SPD, sondern nur in der kommunistischen Partei sieht Papen den Feind des kapitalistischen Staates.

Weil die kommunistische Partei die einzige antikapitalistische, die einzige antifaschistische Partei ist, darum wird sie von den Papen-Hitler so grimmig gehetzt, darum soll sie von ihnen mit den schärfsten Mitteln verfolgt werden.

Aber die Papen-Hitler werden damit rechnen müssen, daß sich die Millionenmassen des werktätigen Volkes nun erst recht um die kommunistische Partei scharen und die Freiheit der Arbeiterklasse verteidigen. Denn jeder Arbeiter weiß, daß mit der kommunistischen Partei die gesamte sozialistisch denkende Arbeiterklasse getroffen werden soll.

Es gilt jetzt, den Papen-Hitler zu antworten. Wir sagen nicht, daß die Arbeiterschaft bis zum 31. Juli warten soll. Aber auch der 31. Juli muß ein gewaltiges Millionenbekenntnis der werktätigen Massen in Stadt und Land zum Kampf gegen den Kapitalismus, zum Kampf gegen den Faschismus werden. Stimmt alle für Liste 3 für die Rote der kommunistischen Partei!

Massenversammlung der Antifaschistischen Aktion

Für den politischen Massenstreik gegen Militärdiktatur!

Antifaschistische Aktion wächst im Waldenburger-Revier zur Massenbewegung heran — Wo Antifaschisten marschieren, flüchten die Notverordnungsjacken!

Waldenburg, 21. Juli. Wohl selten hat ein Aufruf der Kommunisten so viele Echos unter dem Proletariat gefunden, wie der Aufruf zur Antifaschistischen Aktion. Das zeigt sich eindrucksvoll besonders im Waldenburger Industriegebiet. Der rote Massenelbischmar schreit: „Erfreulich für jeden Klassenkämpfer ist die Tatsache, mit welcher Aktivität parteilose Arbeiter den antifaschistischen Kampf führen. Unsere Versammlungen in letzter Zeit, die im Rahmen der antifaschistischen Kampfwache stattfanden, haben einen Massenelbischmar zu verzeichnen. Besonders hart sind überall Antifaschistenvereine vertreten. Das interessante und erfreuliche dabei ist, daß die Nazi-Versammlungen sehr schlecht besucht sind. So war die Nazi-Versammlung im „Förderhaus“, Dittersbach, eine große Pleite. Unsere Versammlung am Tage darauf im zweitgrößten Saal in Dittersbach, ein großer Erfolg. Der Saal überfüllt; Hunderte fanden keinen Platz und standen auf der Straße. Dem Nazi-Organisationsleiter hinsichtlich wurde eine Stunde Redezeit und reichlicher Schutz zugesichert. Er sollte in aller Deutlichkeit die Politik der Nazi verteidigen. Nun, er ist jetzt geflüchten. Kein Nazi war im Dorf zu sehen.“

Der Genosse Becker, MdA, ging mit der Nazi-System-Partei scharf zu Gericht und forderte die anwesenden Reichsbanner-, SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre auf, angesichts der Verhängung des Belagerungszustandes in Berlin zu erklären, ob sie bereit sind, nun mit uns den politischen Massenstreik zu organisieren und durchzuführen. Nicht „2. Republik“, sondern Diktatur des Proletariats, Arbeiter- und Bauern-Regierung im sozialistischen Räte-Deutschland, das muß die gemeinsame Kampfparsole sein? Mit brausendem „Rot-Front!“ quittierte die Versammlung die Ausführungen des Redners. 48 Neuanmeldungen zum roten Massenelbischmar erfolgten. Einer Entschließung, die gegen den Nazi-Mordanschlag an dem Genossen Weismüller protestiert, zur Massenbeteiligung an der Verteidigung aufzufordern, die Organisation des politischen Massenstreiks fordert, wurde begeistert zugestimmt.

Gewählt wurde ein Einheitskomitee der Antifaschistischen Aktion, in dem Reichsbannerproleten und Funktionäre der Melchiorgrube

vertreten sind. Eine Belegschaftsversammlung der Melchiorgrube findet in den nächsten Tagen statt, die die Einheitsfront der Betriebsarbeiter formieren wird.

Je eine Versammlung in Wüstegiersdorf und Sophienau, neben der bereits gemeldeten der Fuchsgrube, waren ebenfalls von gutem Kampfgeist getragen, stark besucht, während dort die Nazis ihre leeren Säle mit auswärtigen uniformierten und zivilen SA-Leute füllten. Ueberall Massenelbischmarsch in den roten Massenelbischmar! Ueberall höchste Aktivität der Proleten! Ein Kampfeswille: Antifaschistische Aktion — wir sind eine Massenbewegung und nicht zu verbieten! Das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion beherrscht die Straße. Genossen, bringt noch härter wie bisher die roten Fahnen, Transparente und Lötlungen zum Ausbruch! Zeigt auch nach außen stärker den antifaschistischen Kampfwillen! Macht die Betriebe zu roten Hochburgen des antifaschistischen Massentampfes!

Waldenburg ist und bleibt rot!

Pflichtarbeiterstreik gegen faschistischen Mordterror

Mitultschüg, 22. Juli. Gestern fand in Mitultschüg, Notitz und Riechowig 160 Pflichtarbeiter in den Proteststreik gegen den faschistischen Terror und Mord getreten. Zugleich wurden an die Gemeinden Forderungen gegen den Unterstützungsabbau gestellt.

Pflichtarbeiter Oberischens, nahm überall sofort Stellung und beschließt den Streik gegen den faschistischen Terror und Mord. Stempelstellen, verhängt den roten Massenelbischmar im Zeichen der Antifaschistischen Aktion!

sind verriegelt und die Maschinen für beschlagnahmt erklärt. Die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei, ist aber nicht verboten, doch war sie durch die Besetzung der Druckerei bis jetzt am Erscheinen verhindert. Heute erscheint die „Rote Fahne“ allerdings im verringerten Umfang.

„8-Uhr-Abendblatt“ 4 Tage verboten

Berlin, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das bürgerlich-demokratische „8-Uhr-Abendblatt“ wurde wegen „Verächtlichmachung des Reichszuglers von Papen“ auf die Dauer von vier Tagen verboten. Die Verächtlichmachung des Reichszuglers wird in einer Karikatur erblickt.

Druckerei der „Roten Fahne“ noch besetzt

Berlin, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Druckerei der „Roten Fahne“ ist nach wie vor von Polizei besetzt. Die Räume der Druckerei



Jedem Werktätigen seinen Arbeitsplatz

Nur die Arbeiter- und Bauernregierung öffnet die Betriebe

Die Zahl der Selbstmorde steigt von Tag zu Tag im Wahnsinnstempo. Mit ihr die Not und das Elend der Erwerbslosen, ja der gesamten Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes. Arbeiterjugend, Bauarbeiter, Metallarbeiter usw. — die Invaliden der Arbeit — alle werden davon betroffen.

Wie ein Keulenschlag trifft sie die Notverordnung der Papen-Regierung, der Regierung der Barone und Generale. Nicht nur, daß sie die Unterstützungssätze und Renten brutal herabsetzt, das Salz auf den trockenen Pellkartoffeln um 70 Prozent verteuert, rauben sie auch noch allen Notleidenden das Dach über dem Kopf.

Trotz alledem gibt es in Deutschland Leute, die diese Notverordnung als ein Stück „Sozialismus“ preisen. Herr Dr. Josef Goebbels hat in einem Geheimrundsreiben den Befehl erteilt, daß während der Waukampagne die Papen-Regierung von den Einheiten der Nazipartei weder angegriffen noch kritisiert werden darf. Würde dieser Mann und seine braunen Trabanten sich auf den Stempelstellen und Wohlfahrtsämtern einfinden und es wagen, vor den Erwerbslosen diese Notverordnung als ein „Stück zum Sozialismus“ zu preisen, dann wäre die erste Antwort der Arbeitslosen: „Mensch, halt' die Schnauze, du bist ein hirnverbrannter Idiot“, und würden sie dann weiter versuchen, von diesem Stück „Sozialismus“ zu sprechen, na dann — sie wären keine Minute mehr im Raum.

Wo sich Hungernde in ihrer Empörung zusammenfinden, geschlossen gegen die diktirte Not zu demonstrieren und so ihren Kampfwillen zu dokumentieren, macht es sich die durch die Erlaubnis der Papen-Regierung uniformierte SA, aufgepuscht durch ihre Führer, zur Aufgabe, hungernde Arbeiter und Werktätige abzukillern und niederzuknüppeln. Hitler und Goebbels nennen diese hinterhältigen Ueberfälle „Kampf gegen die Tributzahlungen“, „Kampf für Befreiung des Volksganzen, für Arbeit, Freiheit und Brot“. Was aber den Erwerbslosen, ja der gesamten Arbeiterklasse und dem werktätigen deutschen Volke blüht, wenn die braune Hölle zur Wirklichkeit wird, das kann sich jeder selbst ausmalen.

Hitler erklärte bei dem Terroraufmarsch der SA. in Dessau: „Es müßte ein Wunder geschehen, wenn wir nicht in kurzer Zeit die Macht in Deutschland übernehmen.“ Hitler und seine Trabanten werden dieses Wunder erleben. Denn mit der Not der Arbeiterklasse und des werktätigen deutschen Volkes ist auch gestiegen der Kampfwillen, der Wille zur Einheit der Arbeiterklasse.

Unsere Reporter besuchten einen schulentlassenen Arbeiterjungen, einen jungen Angestellten, eine Bauarbeiterfamilie und einen Arbeitsinvaliden. Bei allen das gleiche Bild: trotz Not keine Verzweiflung. Ueberall der Kampfwillen und die Hoffnung: „Ja, wenn die Maschinen, die Fabriken einstmals uns gehören...“



„Wie gern ich zupacken möchte!“

Eine kleine verschmutzte Straße im Zentrum Berlins. Ich stehe vor einer alten, düsteren Mietkaserne, wie man sie oft in Proletariervierteln findet. Im Hinterhaus, vier Treppen rechts, wohnt der Erwerbslose St. Der Junge ist 15 Jahre alt und hat, obgleich er jeden Tag nach Beschäftigung unterwegs ist, keine Arbeit.

Das Gesicht des Jungen sieht weiß aus. Der Körper scheint ausgehöhlt. Wenn er spricht, blüht er unruhig auf und große Schweißtropfen stehen ihm auf der Stirn. Eine Winterjoppe, eine zerlissene, weite Hoje — es ist die seines Vaters — ein Paar ausgetretene, aufgeplagte Stiefel, das ist seine einzige Kleidung.

Er weiß nicht so recht, was er erzählen soll: „Das war schon immer so. Ich kenne es gar nicht anders. Bloß, daß mir jetzt öfters vor Hunger schlecht wird und ich dann lang hinschlage.“ Er zeigt mir seine rechte Hand, die verbunden ist. „Das passierte mir vorgestern gegen drei. Geessen hatte ich den ganzen Tag nichts, ja, und da tippte ich einfach um. Mit der Hand schlug ich auf die Kante des Küchenschranks.“ Der Junge legte die Arbeit beiseite. „Ich wollte mal Seher werden, aber das ging nicht, weil ich was zuzubereiten mußte.“

Bei Siemens bin ich gewesen und habe nach Arbeit gefragt. Bei der AEG. und noch vielen anderen Fabriken. Eingestellt haben sie mich aber nicht. Im vorigen Jahr bin ich nach dem Grunewald gefahren, da wo die Villen sind, und fragte, ob Teppiche zu klopfen sind. Manchmal hatte ich Glück und verdiente eine Mark. Jetzt ist es aber anders. Die da draußen haben mit uns Arbeitslosen nichts im Sinn. Klopfen man irgendwo an, sofort kommt ein bißiger Köter angepörselt und kläfft, als ob er schon lange keine Knochen gestressen hat.“ Der Junge nimmt ein geflicktes Hemd und versucht es auszubeßern: „Als ich noch nicht 15 war, da kriegte Vater im Monat von der Wohlfahrt 10 Mark für mich. Aber damit ist es seit einigen Tagen aus. Jetzt kriegt Vater 31,50 Mark. Aber davon ziehen sie ihm jetzt wieder 6 Mark ab. 22,33 Mark müssen wir Miete bezahlen. Bleiben uns also zum Leben 2,67 im Monat. Bloß das, was ich aus dem Abfall von der Markthalle mitbringe, ist meistens unser Essen. Manchmal suche ich auch aus den Stadtpapierkörben alte Zeitungen zusammen, die ich dann verkaufe. Weil wir das Gas nicht mehr bezahlen können, haben sie es uns abgesperrt. Jetzt ist Vater ins Krankenhaus gekommen. Das Hungern hat ihn kaputtgemacht. Mutter ist schon lange von uns weg, weil ihr das mit der Not zuviel wurde. Ist wirklich eine schreckliche Zeit.“ Der Junge steht plötzlich auf. Seine Stimme überflutet sich: „Warum machen unsere Arbeiter es bloß nicht, wie die es in Rußland gemacht haben, dann würden doch die toten Fabriken in Gang kommen, keiner brauchte mehr Hunger zusammenknuden... Arbeit hätte ich dann. Keiner weiß ja, wie gern ich zupacken möchte.“

Ein Proletariertind hat sich Luft gemacht.

Uns müssen die Maschinen gehören

Schmargendorf. Eine Gegend, wo man äußerlich nicht viel von der Not spürt. Wohlgenährte Spießer auf den Straßen, am Latz des Halenkreuz. Kindergärtnerinnen fahren in den nahegelegenen Park. Schwere elegante Wagen gleiten lautlos nach Richtung Grunewald. Auf dem Kolberger Platz sieht ein junger Arbeiter W. 3. Er ist mißtrauisch und weicht anfangs auf alle Fragen aus: „Was wollen Sie eigentlich? Suchen wohl vor der Wahl Stimmweh?“

„Ich komme von der ‚Roten Post‘.“



Ein Wall von Stempelkarten — und arbeitsfreudige Hände. Nur eure Kraft öffnet die Betriebe, gibt euch Arbeit. Wählt! Niemals Hitler! Nie wieder Sozialdemokratie! Ihr habt nur eine Partei! Wählt am 31. Juli — nur Liste 3!

Der Erwerbslose taut auf. „Rot Front! Also paß auf: Ich habe Kaufmann gelernt, kam bei dem Menschenjünder Schäler in die Lehre. Als die Lehrzeit vorbei war, habe ich mir bald die Füße wund gelaufen, aber eine Stelle habe ich nicht gefunden. Kurze Zeit war ich beim Väter als Laufbursche tätig, später als Bleischneider in einer Batterie-Bude. Im ganzen bin ich jetzt hintereinander vier Jahre arbeitslos. Seit etwa zwei Jahren erhalte ich überhaupt keine Unterstützung mehr, weil mein Vater noch Arbeit hat. Der ist bald 60 Jahre alt und quält sich auf der Gasanstalt Neukölln ab. Er verdient ein bißchen über 30 Mark in der Woche. Ungefähr 40 Mark Miete müssen wir aber im Monat bezahlen. Mein Vater braucht Jahrgeld und andere Kleinigkeiten, so daß kaum was zum Essen bleibt. Und trotzdem: der Staat verlangt, daß ich meinen Eltern auf den Knochen liege. Was essen wir? Stampfkartoffeln mit einem bißchen Spedlöse, dann Hering, Erbsen, im ganzen: nichts Kräftiges. Ich kann diesen Fraß bald nicht mehr riechen.“ Der Arbeitslose knirscht: „Was bin ich jetzt schon wieder nach Arbeit rungerast. Auf alle Touren habe ich versucht, aber nichts ist. Mensch, so langsam packt einen die Mut. Und dann diese verzweifelte Stimmung zu Hause. Manchmal graut mir direkt, dort hinzugehen. Aber was? von dem Schlammassel soviel reden. Wendert ja doch nichts.“ „Der Arbeitslose stobt und zeigt mir den linken Arm: „Damals war ich noch dämlich und schnitt mir, weil ich keinen Ausweg mehr sah, die Pulsadern durch. Heute allerdings sehe ich alles anders: Uns Arbeiter müßten die Maschinen gehören, dann wär's mit dem Elend vorbei.“ Der Sprecher klopf mir zuversichtlich auf die Schulter. „Aber laß man. Das kommt. Bestimmt kommt das. Und dann blauen wir den Brüdern da oben gehörig den Marisch.“

Wir wollen regieren

Charlottenburg, Krumme Straße, nahe Bahnhof. Hier wohnt der erwerbslose Bauarbeiter Walter B. Er hat fünf Kinder im Alter von 2 bis 13 Jahren. Alle sind unterernährt und haben in der letzten Woche bis 5 Pfund abgenommen. Die Wohnung des Arbeitslosen: Eine suchte Küche, zwei kleine Stuben. Die Möbel morsch, wacklig, sie drohen auseinanderzufallen. In der Stube ein Bett, eine alte Kommode, Tisch, 2 Stühle und auf der Erde eine verbeulte, ausgelegene Matratze. Darüber einige zerrissene alte Decken. In der andern Stube gleichfalls ein „Bett“ und ein klappriges Sofa. Auch hier liegen alte Mäntel und zusammengeflachte Decken. Federbetten besitzt die Familie keine.

B. ist seit 1929 arbeitslos und erhält von der Wohlfahrt 50 Mark Unterstützung im Monat, die aber auf Grund der Papen-Notverordnung um 7,50 Mark gekürzt wird. Die Miete bezahlt das Wohlfahrtsamt. Von diesen 42,50 Mark braucht die siebenköpfige Familie im Monat unbedingt:

Für Gas	6,— Mark
Gesichtsseife, Seifenfloden, Soda, Schmierseife und anderes für Wäsche	6,50 Mark
Streichholz, Bleiblanz, Zahnpasta, Schnürsenkel, Schuhcrem usw.	3,50 Mark
Fliden, Wolle, Zwirn, Knöpfe, Strümpfe, Sachen für Kinder	10,— Mark
	26,— Mark

Bleiben für die siebenköpfige Familie zum Leben umgerechnet auf einen Tag pro Person 8 Pfennig.

Die Frau des Arbeiters B. ist erst Mitte 30, sieht so aus, als ob sie bereits 50 wäre. Sie ist vollkommen aufgerieben. Während der Unterhaltung weint sie in einem fort: „Ich habe in den letzten Monaten 35 Pfund abgenommen. Und mein Mann etwa 15 Pfund. Der Hunger und die Sorgen um die Kinder fressen die letzte Kraft auf. Keinen Tropfen Milch kriegen die Würmer. Schmalzstullen und immer wieder Schmalzstullen sind unser Essen. Oft müssen wir zufrieden sein, wenn wir trocken Brot haben. Sonntags kaufen wir ein bißchen Pferdeschmalz. In der Woche gibts Graupen oder Kartoffelsuppe. Neulich hat uns ein Bekannter zum Essen ein-

geladen. Aber was meinen Sie, was uns da passierte: die 5 Kinder, mein Mann und ich, alles haben wir wieder von uns gegeben. Ja, unser Magen ist auf dem Hund. Nichts, rein gar nichts haben die Kinder anzuziehen. Und als mein Mann vor einigen Tagen auf dem Wohlfahrtsamt war, für die Kinder Sachen beantragte, haben die Beamten nur für die beiden Mädchen ein Paar Sandalen bewilligt. Die anderen drei laufen am Tage ohne Schuhe und im Badeanzug herum. Und ist dieser zum Teufel, muß ich sie nackt auf die Straße schicken. Aber das ist nicht das Schlimmste. Wenn nun diese blaffen Würmer kommen, an meiner Schürze ziehen und sagen: „Mutter, kann ich ne Stulle kriegen?“ und man hat nicht ein Krümchen Brot im Schrank — Die Frau kann vor Erregung nicht weiterprechen. Und es dauert lange, bis sie fortfährt. „Dann zieht sich alles in einem zusammen. Schreien möchte man dann — —. Ach, dieses Leben, nee — —.“

B. tritt in die Küche. Langsam erzählt er: „Kein Mensch kann sich ja vorstellen, was es heißt, sieben Personen zu ernähren. Früher, da hätten Sie mich sehen sollen, wie ich mit zwei Zentnern Steinen die Leiter raufgezudelt bin. Aber das war früher. Durch die diese Hungerei bin ich so runtergekommen, daß es mir schwerfällt, mit zehn Pfund Kartoffeln die Treppe raufzusteigen. Ist bloß gut, daß es jetzt warm ist und wir nicht wie im Winter in einer kalten Bude sitzen müssen. Und muß das so sein? Ich sage nee. Hunderttausende haben keine Wohnung. Ich kenne eine ganze Masse Familien, die in furchtbaren Löchern hausen. Wenn man für die anständige Wohnungen baute, was meinen Sie, wieviel Arbeit dann da wäre. Aber dafür hat die Regierung keinen Sinn. Die schmeißt lieber den Nazipringen und dem andern Gejag die Millionen in den Raufen. Ich möchte bloß wissen, wie es in solchem abfingigen Soldatenstiefelgehörn aussieht, das solche Notverordnungen ausknobelt.“ Der Mann überlegt einen Augenblick: „Und dieses Nichtstun, was meinen Sie, wie mir das auf die Nerven fällt. Dazu kommt das Gemammere der Kinder. Im Frühjahr bin ich von einer Baustelle zur anderen gegangen, habe nach Arbeit gefragt, aber umsonst. Wissen Sie, manchmal verliert man den Glauben an sich selbst und möchte sonstwas tun, doch wenn man dann wieder nachdenkt, daß die deutschen Arbeiter doch wirklich nicht so ganz doß sind und schließlich doch mal unter dieses verfluchte kapitalistische System einen dicken Strich machen werden, ich meine, daß wieder alles in Gang kommt, wenn wir zugeht in m e n h a b e n, dann wird einem leichter und man kriegt wieder Mut. — — Is bloß gut, daß es so ist — —.“

Als ich die Wohnung des Bauarbeiters B. verlasse, sagt mir die Frau kurz: „Wir haben jetzt den Entschluß gefaßt, der KPD beizutreten, damit es recht schnell kommt, daß die Arbeiter aufzutreten werden.“

Die Litfaßsäule

„Wir misten aus“

Da steht ein Mann, oder besser gesagt, er hängt, auf einem großen Plakat, mit der Misthaue in der Hand. Ueber ihm ist zu lesen: „Wir misten aus“ und unter ihm „Wählt Liste 2, NSDAP!“

Nein, haben offenbar die Nazis nicht zu sagen. Mit dem Misten ist es auch nicht weit her.

Wen eigentlich misten die Nazis aus? Die Papenregierung? Die ist doch eine Regierung von ihrer Gnade. Die Schleber haben etwa? Die werden doch von dem Nazirechtsanwalt und engsten Vertrauten Hitlers, Frank H., verteidigt. Die Prinzen und Blutlauer, die ungeheure Millionen verschlingen, während von der Papenregierung Wohlfahrts- und Arbeitslosenunterstützung geführt wird? Nein, stehen doch Prinz Luitpold und viele andere Grafen und Barone an der Spitze der Nazi-Partei.

Misten sie etwa die Junker und Großkapitalisten aus? Die nationalsozialistischen Führerbriefe schreiben erst vor einigen Tagen mit Stolz und Genugtuung, daß die Nazi-Partei immer mehr zur Zukunftsstätte aller Unternehmer werde. Also wen misten die Nazis eigentlich aus?

Wie gesagt, mit dem Ausmisten ist es nicht weit her. Denn wollten sie wirklich ausmisten, dann bliebe keiner der Führer übrig.

Mißbrauch des Sozialismus

Im Radio ertönt plötzlich eine Stimme:

„Mit dem Worte Sozialismus wird Mißbrauch getrieben...“

Du horchst auf. Wer spricht denn da? Handelt es sich um eine legale Einschaltung, um eine sogenannte Störung? Nein, da spricht im Radio wirklich jemand über den Mißbrauch des Sozialismus.

Du nimmst das Programm zur Hand, liest nach und findest: Der Redner ist Friedrich Stampfer, Chefredakteur des „Vorwärts“. Und da hörst du mit größtem Interesse zu. Denn man hört gern jemanden sprechen über ein Thema, in dem der Redner Spezialist ist. Und in der Frage Mißbrauch des Sozialismus ist Friedrich Stampfer wirklich der berufene Spezialist. Denn wer hat noch soviel eigene Erfahrung auf diesem Gebiet wie Friedrich Stampfer? Selten nur kann man einen Menschen finden, der mit dem Sozialismus soviel Mißbrauch getrieben hat, wie Friedrich Stampfer.

Du hörst weiter: und Friedrich Stampfer spricht von pseudo-sozialistischen. Wieder bist du erstaunt. Legt der Mann hier ein Selbstbekenntnis ab. Ach, weit gefehlt. Er spricht hier nur von den Nazis, und kommt zum Schluß, daß die bürgerliche Demokratie der einzige Weg zum Sozialismus ist.

Was, ihr glaubt es nicht? Die letzten 14 Jahre in Deutschland legen Zeugnis für Stampfer ab. Die bürgerliche Demokratie hat zum „Sozialismus“ geführt, zu dem Sozialismus, in dem wir uns heute befinden, zum Sozialismus der Regierung Papen, Schleicher, zum Sozialismus der Notverordnungen, eingeleitet von Brüning und fortgesetzt von Papen.

Wem gehört die Papen-Regierung?

In den meisten Fällen ist es so, daß wenn zwei sich streiten, einer unrecht hat. Diesmal streiten zwei und beide haben recht, oder besser gesagt, beide sind im Unrecht.

Die Nazis haben ein Flugblatt herausgebracht, in dem sie mit der Regierung Papen „Abrechnung“ halten. Die Nazis

wollen da behaupten, sie hätten mit der Regierung Papen nichts gemein.

Und doch weiß jedes Kind, daß die Nazis die Pfeiler sind, auf denen die Regierung Papen ruht, daß die Regierung

NSDAP. eine Arbeiterpartei?

Diese Artikelreihe ist geschrieben an Hand einiger Kapitel aus dem demnächst im „Internationalen Arbeiter-Verlag“ erscheinendem Buch von David über die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Theorien der Nazis. Wir empfehlen, diesen Artikel auszuschneiden und als Diskussionsmaterial zu verwenden.

IV. Zinsknechtschaft und Lohnknechtschaft

Die drei „sozialistischen“ Punkte

Die Punkte 11, 13 und 17 verkörpern den „Sozialismus“ im Programm der NSDAP. Diese Punkte sprechen von „Brechung der Zinsknechtschaft“, „Verstaatlichung der Trusts“ und „Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke“.

Das Programm der NSDAP ist 1920 ausgearbeitet worden. Zu dieser Zeit gab es in Deutschland kaum eine Partei, inklusive der Deutschnationalen Volkspartei, die in ihrem Programm keine „sozialistischen“ Punkte gehabt hätte. So waren beispielsweise die „sozialistischen“ Forderungen der Deutschen Demokratischen Partei viel weitgehender als die der NSDAP.

Inzwischen aber hat sich in dem „unabänderlichen“ Programm der NSDAP, das immer kapitalistisch und reaktionär war, manches geändert. Der Satz von der „unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke“ wurde durch eine Erklärung von Hitler, die diesem Punkt nunmehr angefügt wird, dahin weiterinterpretiert, daß es sich nur um die „gesetzliche Möglichkeit, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde, wenn nötig, zu enteignen“, handelt. Dieser Punkt soll sich „gegen die jüdische Grundspekulationsgesellschaften“ richten. Damit ist einer der drei „sozialistischen“ Programmpunkte der NSDAP erledigt.

Es bleibt alles beim alten

Auch der 13. Punkt, der die „Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe“ fordert, wurde von Feder im Programm-Kommentar folgendermaßen erläutert:

„Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz... Planwirtschaftliche, marxistische ebenso wie hochkapitalistische, Sozialisierungsbestrebungen werden ausdrücklich abgelehnt.“

Goebbels schreibt über die Verstaatlichung der Betriebe:

„Die Schätze unter der Erde und über der Erde, alles das gehört im Prinzip dem Volke als Gesamtheit. Ist ein Volksgenosse Besitzer dieser Güter, so hat er sich als Verwalter von Volksgut dem Staat oder der Nation verpflichtet zu fühlen.“ („Nazi-Sozi“, Seite 22.)

Es wird also im „Prinzip“ sozialisiert, sonst behält der „beherrschende Volksgenosse“ sein Eigentum über die „Schätze unter der Erde und über der Erde“. Ein anderer Wirtschaftstheoretiker der Nazis, Buchner, schreibt ausdrücklich: „Nicht Größe oder Umfang des Eigentums und Besitzes... sondern die Beziehung, welche beider zur Wirtschaftsgeamtheit, werde sich im „Dritten Reich“ ändern.“

Papen es war, die der SA, die neuen Uniformen ermöglicht und Gregor Strasser den Rundfunk zur Verfügung gestellt hat, kurz, daß die Papen und Hitler eine Firma sind. Zweck: Wahlagitatorien aber behaupten die Nazis, mit der Regierung Papen nichts zu tun zu haben, behaupten, daß die Regierung Papen eine Regierung von Gnaden der Sozialdemokratie sei.

Und die Sozialdemokraten regen sich darüber auf, und behaupten, daß die Regierung Papen eine Regierung von Hitlers Gnaden ist.

Und doch haben, wie gesagt, beide recht. Die Regierung Papen hat ihren Ursprung sowohl in der Sozialdemokratie als auch in den Nazis. Denn wer hat die Regierung berufen? Hindenburg. Und wer hat Hindenburg gewählt? Die Sozialdemokratie. Wer hat die SA, neu ins Leben gerufen? Die Regierung Papen.

„Die Inhaberschaft — schreibt Buchner — bleibt dem einzelnen übertragen, wird aber von der staatlichen Ganzheit überwacht.“ („Grundriß einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftstheorie“, Seite 22.)

In der bekannten Unterredung, die Hitler mit Otto Strasser hatte, fragte Otto Strasser, ob bei Uebernahme der Macht bei der Krupp-W.G. alles beim alten bleibe. Hitler antwortete darauf, wie nicht anders zu erwarten war:

„Aber selbstverständlich. Glauben Sie denn, ich bin so wahnsinnig, die Wirtschaft zu zerstören?“ („Ministersessel oder Revolution?“, Seite 25/26.)

Zins im „Dritten Reich“

Es bleibt also ein einziger „sozialistischer Punkt“, die „Brechung der Zinsknechtschaft“. Es ist bekannt, was für eine Rolle die „Brechung der Zinsknechtschaft“ in der Agitation der Nazis spielt. Die „Brechung der Zinsknechtschaft“ — schreibt Feder im Programm-Kommentar — „bedeutet die Lösung der sozialen Frage“. Was verstehen die Nazis unter „Brechung der Zinsknechtschaft“? Feder erklärte in einem Aufsatz:

„Man wird nirgends in meinen Schriften ein staatliches, allgemeines Zinsverbot gefordert finden; meine Forderung, d. h. die wichtigste Forderung des offiziellen nationalsozialistischen Parteiprogramms lautet nicht radikale Beseitigung des Zinses, sondern Brechung der Zinsknechtschaft.“ („Völkischer Beobachter“, 14. Oktober 1930.)

In dem bekannten Antrag der Nazis am 18. Oktober 1930 im Reichstag wird ein Höchstzinsfuß von 5 Prozent gefordert. In den Vereinigten Staaten von Amerika besteht zur Zeit ein Zinsfuß von 4 Prozent, in Frankreich wird Geld zu 1 Prozent, 2 Prozent und noch billiger verliehen, in England beträgt der Zinsfuß 2 Prozent. Demnach wäre in diesen Ländern der Sozialismus eingeführt und die „soziale Frage“ gelöst.“

Kann die Brechung der Zinsknechtschaft die soziale Frage lösen

Über auch wenn die Nazis wollten und imstande wären, den Zins gänzlich abzuschaffen, so wäre damit an der Ausbeutung des Arbeiters nicht im geringsten geändert, die Ausbeutung wäre bestehen geblieben. Der Zins ist ein Teil des Profits. Der im Produktionsprozeß entfallende Mehrwert wird zwischen dem industriellen Kapitalisten und dem Leihkapitalisten geteilt. Wird der Zins verringert oder abgeschafft, so erhöht sich dadurch der Profit des Industriekapitalisten, an den Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft wird dabei nichts geändert. Klages selbst mußte einmal zugeben, daß mit der „Brechung der Zinsknechtschaft“ die soziale Frage keineswegs gelöst ist. Er schreibt wörtlich:

„Wird die finanzielle Krebsgeschwulst weggeschnitten, so tritt die Unternehmermacht allein an deren Stelle. Das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeitnehmer bleibt nach wie vor unter dem Faustrecht... Grundsätzlich ist an dem kapitalistischen System nicht das geringste geändert.“ („Nationalsozialistische Briefe“, 5. Jahrgang, Seite 28.)

Das schrieb Klages in einer wenig gelesenen nationalsozialistischen Zeitschrift. Gleichzeitig verbreitet sich derselbe Klages in populären Schriften über den Segen der famosen „Brechung der Zinsknechtschaft“.

Die Abschaffung des Zinses und der Zinsknechtschaft ändert an der Ausbeutung nichts, nur die Brechung der Lohnknechtschaft bricht auch zugleich die Zinsknechtschaft. In der Sowjetunion ist die Zinsknechtschaft gebrochen, weil dort das System der Lohnsklaverei, der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen vernichtet ist.

„Schaffendes“ und „raffendes“ Kapital

Die ganze „Brechung der Zinsknechtschaft“ — von der nach der Erklärung Goebbels an Scheringer, jeder anständige Mensch das Brechen bekommt — hat nur einen Zweck, das Industriekapital dem Bankkapital mechanisch gegenüberzustellen. Man will dem Arbeiter eintreiben, daß seine Interessen und die Interessen seines Unternehmers konform gehen. Die Interessen des deutschen Arbeiters und des „schaffenden“ deutschen Kapitals stehen angeblich nicht gegeneinander, sondern sind solidarisch, es existiere angeblich keine Ausbeutung des Arbeiters durch den industriellen Kapitalisten. Der Klassenkampf habe also im Betrieb keinen Platz.

Dabei ist diese mechanische Gegenüberstellung des „schaffenden“ und „raffenden“ Kapitals purer Unsinn. Nicht nur die Vertreter der Großbanken sitzen in den Aufsichtsräten der industriellen Aktiengesellschaften, die Vertreter der Schwerindustrie sitzen nicht in kleinerer Anzahl in den Aufsichtsräten der Großbanken. 46,7 Prozent aller Aufsichtsratsitze in den Großbanken sind von Vertretern der Industrie besetzt.

Die Herren Schacht, Thyssen und v. Stauff haben keine Angst vor der „Brechung der Zinsknechtschaft“ durch den „Sozialisten“ Hitler. Im Gegenteil, sie verstehen diese Parole, die die Aufgabe hat, den Klassenkampf aus dem Betrieb zu verjagen, zu werten. Die wenigen Arbeiter, die auf die NSDAP hören, müssen aber begreifen, daß die Brechung der Zinsknechtschaft nur durch die Brechung der Lohnknechtschaft möglich ist. Nur wenn der „schaffende“ Blutlauer zusammen mit seinem „raffenden“ Kameraden gemeinsam zum Teufel gejagt wird, wird die soziale Frage gelöst.

Auspacken! Enthüllen! Aufklären!

So bereitete die SPD.-Müller-Regierung der S-48-Diktatur den Weg!

2 JAHRE BRÜNING-DIKTATUR

Von Brüning zu Papen



HANDBUCH DER KOMMUNISTISCHEN REICHSTAGSFRAKTION

Seit 1918 stellte die SPD. der kapitalistischen Republik 47 Kanzler und Minister. Diese Sachwalter der Bourgeoisie stärkten Jahr um Jahr zusammen mit dem SPD.-Parteivorstand und den ADGB.-Führern das Kapital, und führten wirtschaftlich und politisch einen Schlag nach dem andern gegen die Arbeiterklasse. Die offene SPD.-Koalitionsregierung Hermann Müller setzte in den 21 Monaten ihres Bestehens diesen Kurs in verstärktem Maße fort und bereitete der Brüning-Diktatur den Weg. Die Hermann-Müller-Regierung legte das Panzerkreuzerprogramm fest, stellte die Entwürfe für die Bürgersteuer, Ledigensteuer usw. fertig, und machte den Boden reif für die S-48-Diktatur.

Aus dem sozialdemokratischen Zwickauer „Sächsischen Volksblatt“ vom 1. April 1930 wurde — von keiner Seite bestritten, von allen Seiten bestätigt — bekannt:

... daß Hermann Müller sich von Hindenburg die Zusage geben ließ, er werde, falls er die erforderliche Mehrheit im Reichstag nicht erhalte, den Youngplan und die Finanzgesetze auf Grund des Artikels 48 in Kraft setzen... damit erkannte der Führer der Sozialdemokratie an, daß der Reichspräsident den Ausnahmezustand verhängen kann, um Finanzgesetze durchzusetzen... Niemals konnten wir annehmen, daß die Teilnahme der Sozialdemokraten an der Regierung der Diktatur geradezu den Weg ebnet würde.“

Aus dem Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion. Erhältlich in allen Arbeiterbuchhandlungen und bei jedem Litobmann. Unentbehrlich für alle Kämpfer der Antifaschistischen Aktion und Agitatoren für die Liste 3.

Breslau und Umgebung

Breslau, 22. Juli.

Kirchenaustrittskomitee Breslau-Scheitnig in der antifaschistischen Kulturaktion

Dem ersten Aufruf des Kirchenaustrittskomitees Breslau-Scheitnig folgten 65 Proletarier, welche am 18. d. M. demonstrativ aus der Kirche getreten sind.

Heran an den Gegner! Wir müssen die Einheitsfront gegen Kulturreaktion und gegen Kulturfaschismus bilden in der antifaschistischen Kulturaktion.

Ich habe seit mehreren Tagen schon nichts mehr gegessen

(Erwerbslosenkorrespondenz)

Vor einiger Zeit stellte ein Wohlfahrtsempfänger am Wohlfahrtsamt in der Ursulinerstraße einen Antrag auf Erhöhung seiner Unterstützung, da er mit 20,25 Mark den Monat nicht leben kann.

Mit den K.P.D.



gegen Lohnraub Gehaltsraub und Unterschützungsraub

nichts machen, übrigens ist heute keine Sprechstunde" ufm. Als der Antragsteller betonte, daß er schon mehrere Tage nichts mehr gegessen hat, wurde ihm kurzweilig von einem der Beamten erklärt: „Das soll mit auch egal sein.“

Als man den ausgehungerten Proleten von einer Stelle zur anderen schickte und er nicht eher gehen wollte, bis er eine Essenmarke bekommen hatte, wurde er plötzlich von einigen Anwesenden überfallen und unter Schlägen und Fußtritten an die frühere Luft gesetzt.

Jüdische Ausbeuter und Nazis in Einheitsfront gegen die Arbeiter

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

In der Berliner Straße Nr. 9 wohnt eine jüdische Familie, die dem dort hochaktiven Mädchen seit zwei Monaten den Lohn noch nicht ausgezahlt hatte. Eine Anzahl Arbeiterfrauen organisierten daraufhin eine Delegation, die sie nach dort schickten, um den Lohn des Mädchens zu erwidern.

Eine zweite Delegation, die nach dorthin geschickt wurde, stellte die Geschichte schon etwas geschickter an und gab dem Lohnräuber eine proletarische Abreibung. So daß er sich angewungen sah, sofort dem Mädchen den Lohn auszusahlen.

Roter Massenselbstschutz in jeder Stadt, in jedem Dorf

Parteilieb. Kürzlich fand hier eine von der KPD. einberufene öffentliche Versammlung zum Zweck des Ausbaues des roten Massenselbstschutzes statt. Obwohl am selben Tage die „Eisernen“ ebenfalls eine Versammlung abhielten, war der Saal überfüllt.

In der Diskussion forderte ein parteiloser Arbeiter auf, in der antifaschistischen Aktion mitzukämpfen, und den Widerstand gegen Notverordnungsabteilung zu organisieren. Im Schlußwort ging Genosse Hüller auf den Mordterror der braunen Nazibanditen ein und forderte die Arbeiter auf, zur Abwehr den roten Massenselbstschutz zu bilden.

Roter Massenselbstschutz bringt ermittelte Witwe in eine Wohnung

Nazi-Hausbesitzer läßt Arbeiterfrau mit ihren Möbeln auf den Neumarkt stellen — Das sind die „Dritten Reich“-Methoden

Breslau. Am gestrigen Vormittag wurde die Witwe Heißelt, die in der Dreite-Strasse eine Wohnung inne hatte und nicht mehr in der Lage war, ihre Miete zu zahlen, im Auftrage des nationalsozialistischen Hausbesitzers Geisler, dessen vierzehnjährige Tochter stets mit der Hakenkreuzbusennadel herumläuft, aus der Wohnung herausgeführt.

Die Möbel wurden auf dem Neumarkt neben den Wahlpropagandawagen der KPD. gestellt.

Eine vielhundertköpfige Menschenmenge sammelte sich dort sofort an, und brachte ihre Empörung über die Brutalität gegen den nationalsozialistischen Hausbesitzer, gegen die kapitalistische Gesellschaft und alle ihre Helfershelfer zum Ausdruck.

Selbsthilfe, die beste Waffe in roter Einheitsfront

Es gelang auch dem mobilisierten roten Massenselbstschutz, der auf die Straße gesetzten Familie eine Wohnung auf der Marktgrabenstraße zu besorgen. Die bedauernswerte Witwe hatte in ihrer Verzweiflung bereits die Absicht, Selbstmord zu verüben.

Nach Bekanntwerden des brutalen Verhaltens des Nazi-Geisler

zogen die Arbeiter vor das Haus Breite-Strasse 40/50, und gaben ihrer Empörung durch Rufe wie „Nieder mit dem Nazi-Geisler“ Ausdruck. Geisler alarmierte das Ueberfallkommando, und unter lautem Gelächter der Arbeiter-Massen kam ein großes Auto der Feuerwehr angelauft. Immer größere Menschenmengen sammelten sich an und sämtliche Fenster des von Geisler bewohnten ersten Stockes gingen in Trümmer.

Geisler ist übrigens durch die elektrischen Pubereitungs-methode in seiner Sauer'schen und Gurken-Einlegerei in der ganzen Gegend berüchtigt, die S...-nung erfolgte bis vor kurzem in der Autogarage, unter Ausserachtlassung auch der einfachsten Sicherheitsregeln. Auch beschäftigte Nazi-Geisler Schulkinder für einen Stundenlohn von 5 Pfg., genau wie in Italien. — Heil Hitler!

So sieht es im kapitalistischen Deutschland aus und Breslau, das sogenannte Kulturhochland des Ostens, nimmt eine besondere „rühmliche“ Stellung ein. Hunderte, ja laufende Großwohnungen stehen in Breslau leer, während die Proleten gezwungen werden, mit ihren Möbeln auf den Neumarkt zu ziehen. Wie uns mitgeteilt wird, soll auch am Sonnabend, vormittags um 8 Uhr, eine Arbeiterin vom Neumarkt Nr. 17, ermittelte werden. Arbeitslos, wohnungslos, keinen Pfennig Unterstützung, so zwingt man die Menschen ihr Leben selbst aufzugeben, sowie das erst vor wenigen Tagen eine vor der Ermittlung stehende Frau aus der Kirchstraße 18/20, getan hat.

Diese Zustände werden so lange bestehen, so lange die kapitalistische Profitwirtschaft existiert. Unter kommunistischen Gelehen, in einem Mädeutschland, wird so etwas nicht mehr vorkommen. Deshalb muß der rote Massenselbstschutz noch mehr als bisher auf den Plan treten, um auch jede Schikane zu verhindern, so wie das beispielsweise auch die Scheitniger Arbeiterschaft getan hat. Alle Kräfte müssen eingesetzt werden, um das am 31. Juli die Arbeiterschaft durch die Wahl der Liste 3 bekundet, daß sie gewillt ist, den Kampf für ein Mädeutschland aufzunehmen.

Erwerbslose im Kampf gegen die Hungeroffensive

Breslau. In der am Mittwoch im Schießwerderjaal durchgeführten großen Erwerbslosenversammlung sprach Koll. Schubert über den kommenden Unterstützungsaufbau und den Kampf der Erwerbslosen gegen die Hungermaßnahmen. In seinen Ausführungen zeigte sich die Entwicklung der Papen-Regierung, der es nur darauf ankommt, soviel wie möglich die Unterstützung abzubauen und den noch im Betrieb stehenden Arbeitern genügend an Abzügen zu machen, da ja nach Ausführungen dieser Regierung der deutsche Staat ein Wohlfahrtsstaat sei.

An der Diskussion sprach ein Kollege von der KPD, der sich ebenfalls für den einheitlichen Kampf der Arbeitervolkse ausbrach. Die Arbeiterschaft darf jetzt nicht über Parteibraindreden reden, sondern muß in einheitlicher Front gegen den Faschismus kämpfen. Kann uns diese Gesellschaft nicht mehr Arbeit und Brot geben, so müssen wir uns dieses erkämpfen.

Ein Kollege, welcher erst einige Wochen von Rußland zurückgekehrt ist, berichtete über die Lebenslage der russischen Arbeiterschaft und zeigte das Interesse der russischen Kollegen an dem schweren Kampf der deutschen Arbeiterschaft. Ausführlich sprach ein Kollege über die Arbeitsdienstpflicht.

Im Schlußwort sprach Koll. Schubert über all die Fragen, welche von den Diskussionsrednern erörtert wurden. Eine Resolution an den Magistrat und das Arbeitsamt, in welcher die Erwerbslosen zum

Ausdruck brachten, daß sie nicht gewillt sind, einen Pfennig Abzug sich gefallen zu lassen, wurde angenommen.

Der Kampf gegen Hungerdiktatur, Faschismus, Demonstrationsverbot, Standrecht und Ausnahmezustand muß mit allen Mitteln geführt werden. Es gilt den letzten Erwerbslosen in die rote Einheitsfront einzureihen und die antifaschistische Aktion auf breiter Linie zu entfachen.

Arbeiter des Overtors, merkt auf!

Vor einigen Tagen versuchten einige Schädlinge der Arbeiterbewegung und der roten Einheitsfront den Gastwirt Neugebauer, in der Westtafelstraße 16, in der gemeinlichen Weise zu beharrlichen und zu schädigen. In dem Augenblick, als Arbeiter das Lokal betreten wollten, brüllten sie auf der Straße: „Nicht hineingehen, Nazilokal.“ Obgleich schickte, daß in dem Lokal nur Arbeiter verkehren.

Am heutigen Tag soll sich ein gewisser Marschel von der Elbingstraße und der aus der KPD. hinausgetretene Paul Humann von der Westtafelstraße beteiligt haben. Letzterer ist selbst Nazi, der dort sitzen geblieben ist, weil er glaubt, dort etwas erben zu können. Ein echter Nazi immer ist auch der Hauswirt aus der Westtafelstraße 13, Dieser keine „Nazi“ nennt sich nicht, die Einwohner der Westtafelstraße in gemeinlicher Weise gegen den Gastwirt aufzuwecken. Mit einer Liste geht derselbe von einem Mieter zum anderen, um Adressen gegen den Gastwirt zu sammeln und diese Liste dann auf das Polizeirevier zu bringen.

Die Arbeiter und Arbeiterfrauen des Overtors müssen sich diesen Nazi-Hauswirt und dessen Ehefrau, die Bekamme ist, etwas näher ansehen. Die Arbeiter lassen sich nicht betören, sie wissen, daß die Restauration Westtafelstraße ein Arbeiterlokal ist.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Rudolf C. in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred F. in Berlin. — Für Inserates: Albert C. in Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesiische Verlagsgesellschaft m. B. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.



Unter hundert anderen erkennt der Schlosier leicht seine

Rarität No. 200

Ihr Geschmack und ihre hohe Qualität sind ihm von jeher besonders vertraut

Wettkampf in der Antifaschistischen Aktion

Breslau. Große Diskussionsgruppen am Donnerstag in der Breslauer Innenstadt.

Stadtteil Zentrum hat mobil gemacht. An drei Plätzen, auf dem Neumarkt und an der Markthalle, trafen sich jedem Vorbeigehenden die Forderungen der kommunistischen Partei ein. Viele werden durch die großen Diskussionsgruppen festgehalten. Mancher Zweifel am Kampf der Antifaschistischen Aktion schwindet, wenn ein Kommunist die Eigenart des Kampfes erklärt. Auf dem Neumarkt wird diskutiert über den Wirtschaftskrieg. Auf einmal wieder Madau. Von der Markthalle kommt ein Strom von Arbeitern. Dort hatte man jedoch eine Arbeiterfamilie mit ihren arbeitslosen Völkern auf die Straße geholt. Die Polizei war da, hatte die Pistolen entlehrt, damit „Ruhe und Ordnung“ gewahrt bleibt.

Zudem sammelten sich mehr als tausend Menschen auf dem Neumarkt, wo man die Möbel hinstellte. Ein Protest folgt auf ein Möbelstück und dann eine wichtige Anklage gegen das herrschende System. Es geht um den Ausbruch Antifaschistische Aktion und Massenbewegungen für Seite 3 am 31. Juli.

Inzwischen rufen von zwei verschiedenen Seiten Besonnen an. Rechts Uniformen: Polizei, die Träger des moribunden Systems, in der Hand das bekannte Symbol, den Gummischnur!

Von links kommen Arbeiter ohne Waffen, nur mit dem Abzeichen der Antifaschistischen Aktion **Die Armee der Ausgebeuteten!**

Nachts werden die Straßen und Gassen von links durch die Polizei aus Scheinwerfern mit Wasser besprüht, was sie tun.

Alles geht zu — und fort mit den Möbeln nach dem roten Scheinwerfer.

Der Revolverwärt auf der Wirtschaft hat ermittelt. Die Arbeiterfamilien von Scheinwerfern haben emigriert. Es ist dieselbe Wohnung, in die vor wenigen Tagen die Familie aus dem Versteck überführt wurde und die jetzt eine andere Wohnung bekommen hat.

Das ist praktische Solidarität und Antifaschistische Aktion!

Stadtteil Ost erobert die Spitze

Auf Matthiaskplatz und Prodaner Platz beherrscht „Rot Front!“ die Straßen. Rote Agitationsplakate, Transparente und Menschenmassen. Es schreit die Polizei ein. „Scheitern, weil zu viel sind!“ Wir erinnern uns: „Mehr als ein Mann dürfen nicht auf einem Haufen stehen!“

Die Polizeiaktionen bringen immer mehr Massen auf die Beine. Der Literaturtrieb kommt in Schwung.

Auch draußen an der Oder ist Betrieb. Ein Zelt des KPD. Nicht nach alter Art, mit Zupfzügen und Vollstanz, sondern auch hier Organisation des Kampfes aller Jungproleten. Die wehende rote Fahne zeigt den Platz, wo es die „Junge Garde“ und antifaschistische Jugendliteratur gibt. Auch dort große Diskussionsgruppen.

Hallo, Stadtteil Ost, steigert euer Tempo!

Der rote Wessler stößt vor und macht euch die Spitze streitig

Auf dem Wachtplatz, Striegauer-Platz und Westpark wehen rote Fahnen auf großen Agitationsplakaten. Überall wird diskutiert. Noch fehlen Literatur- und Abzeichen der Antifaschistischen Aktion.

Auch Nord ist lebendig. Auf dem Weisenburger-Platz steht eine Säule mit revolutionären Kampflosungen. Von Süd fehlen Berichte. **Parteiengenossen! Heraus auf die Straße! Heran an die Massen! Unterstützt eure Genossen bei der Organisation der Antifaschistischen Aktion! Noch fehlen Transparente und rote Fahnen!**

Welcher Stadtteil stellt die erste Agitationshäule vor den Betrieben auf? Schafft Werbelokale der Antifaschistischen Aktion in jedem Stadtteil.

Alles zum Fanal-Ost-Sportfest

Sonnabend ab 15 Uhr große Handball- und Leichtathletikturniere auf dem Hertaplatz, Schönstraße. Sonntag ab 7 Uhr und ab 15 Uhr Leichtathletik, Hand- u. Fußball: Braunau (Tschechoslowakei) gegen Fanal-Ost Breslau! Auch Wüstegiersdorf kommt!

Dieses Gericht hat nichts mit Berechtigtheit zu tun

Wacht der Ungreifer, der Ueberfallene ist schuld

Breslau. Ein ganz besonderes Beispiel für den Einzug faschistischer Methoden im preußischen Gericht, hat sich gestern bei der Verhandlung gegen den Elektromonteur Ziegler, der Mitglied der KPD und des Schutzbundes ist.

Ziegler war mit einigen seiner Parteifreunde aus der Versammlung im Kreis Posen am 21. Juni auf dem Weg nach Hause. Er kam kurz nach dem Zusammenstoß einiger Teilnehmer der Antifaschistischen Aktion mit Nazis unter Führung des KPD-Leiters Kietter, die Ziegler entliefen. In der Nähe der Universität wurde er von einer Anzahl Nationalsozialisten überfallen und verprügelt. Ziegler wurde mit allen Kräften, weil er, wie er auch vor Gericht behauptete, „wenn ich erst auf der Erde liege, bin ich überhaupt erledigt.“ Es gelang ihm ein erstes und ein zweites Mal sich aus den Klauen der Nazis zu befreien. Inzwischen hatten die Nationalsozialisten einen Schuss auf Ziegler abgefeuert und es gelang ihnen mit Hilfe des Schutzpolizisten, Ziegler zu fassen. Während aller drei Ueberfälle hatten sich die Nazis wie die Tiere auf Ziegler gestürzt. Eine Messerwunde und eine Schlagwunde auf Kopf zeugen von gemeiner Brutalität der

Nazihorden. Als Ziegler, der halb irrsinnig vor Schmerz, sich gegen die Angriffe wehrte, von dem Polizisten mit angegriffen wurde, konnte er nicht erkennen, daß einer seiner Verfolger ein Schutzpolizist war, denn seine Augen waren von dem heruntertaufenden Blut verblendet. Nachdem ihn der Beamte jedoch mit dem Revolver bedrohte und unter einer Laterne vor ihm stand, erkannte er ihn, ließ sich abführen und ermahnte die Genossen, die ihn befreien wollten, zur Ruhe und Nichtingreifen.

Diese Tatsachen wurde bestätigt durch die Arbeiter, mit denen Ziegler nach Hause ging. Allerdings hatte das Gericht wohl sämtliche Belastungszeugen, aber nur drei von sieben Entlastungszeugen geladen. Die Nazis, die als Belastungszeugen auftraten, fielen vor dem Gericht als Märchenzähler und durch ihre unsicheren, sich stark widerwärtigen Aussagen, jedem unvoreingenommenen Zuhörer auf. Einer der Nazis behauptete: „Ziegler hätte mit dem Fuß auf den abmächtig am Boden liegenden Ritter und zwar mehrermals auf dessen Kopf geschlagen.“ Er muß vorher Samlet gelesen und was wahrscheinlich von den Totenopfersteine inspiriert. Der haarsträubende Mord wurde so zum Beispiel verzapft, so zum Beispiel, daß die Wunden, dem Ziegler von eigenen Genossen beigebracht worden waren. Gleich eine verdächtige Freundschaft zwischen dem Schutzbeamten und den Nazis bestand, die sich nicht nur im Gerichtsprotokoll, sondern auch im Korridor freundschaftlich unterhielten, „glaubte“ das Maßengericht den Faschisten ihre haarsträubenden Lügen, und hielt die eidlichen Aussagen der Entlastungszeugen für unbedeutend.

Als Rechtsanwalt C h e i n zweimal mündlich und einmal schriftlich beantragte, die vier schickenden Entlastungszeugen zu laden, wodurch sich klar zeigen würde, daß Ziegler mit all diesen Arbeitern ruhig nach Hause gegangen ist, wurden alle diese Anträge vom Gericht abgelehnt. Das Gericht begründete diese Stellungnahme mit der neuen Notverordnung des Herrn v. Papen, nach der auch wichtige Entlastungszeugen durch Entscheidung des Gerichts nicht zur Vernehmung gelangen. Das Bild dieses Gerichtstermins war die Orientierung auf das Dritte Reich. Es bestand eine übereinstimmende Front vom Staatsanwalt über den Richter und den preussischen Sebering-Polizisten, bis zum letzten Nazizeugen. Jeder Arbeiter, der diesem Gericht ausgeliefert ist, hat nicht mehr auf Gerechtigkeit zu hoffen. **Das Gericht fällt noch ein höheres Urteil, als es der Staatsanwalt beantragt hatte, und zwar erhält der Ueberfallene neun Monate Gefängnis.** Noch vor der Urteilsverkündung verließ der Verteidiger als Protest gegen die Festsetzung den Sitzungsraum mit dem Angeklagten Ziegler.

Dieses Urteil gegen den bisher unbestraften, spricht allen Tatsachen Hohn. Die Arbeiter müssen sich in roter Einheitsfront gegen die Massenjustiz wehren, bis die Zeit kommt, in der wir die Richter sein werden.

Wir nehmen an, daß der unschuldig Verurteilte gegen dieses Klassenurteil Berufung einlegen wird.

Hallo, Jungarbeiter!

Willst du im Arbeitsdienst für 40 Pfennig den Tag schuften? Willst du für einen elenden Fraß und bei militärischen Drill deine Zeit, das einzige, was du besitzt, hergeben? Willst du dich zum Arbeitstier erniedrigen lassen? Nein und nochmals nein! Das willst du nicht! **Arbeitsdienst ist Sklavendienst!** Kämpfe mit allen Jungarbeitern und Jungkommunisten in der Antifaschistischen Aktion für die Beseitigung der Arbeitsdienstpflicht!

Die Paarungen des Fußball-Bisjourniers

Die Auslosung der Gegner für das morgige Fanal-Ost-Fußballturnier hat folgende Paarungen ergeben:

15,00 Uhr: Solidarität - Schwarz-Weiß.

15,20 Uhr: Spielvereinigung-Dynamo.

15,40 Uhr: Süd - Rot-Weiß.

16,00 Uhr: Fortuna - Fanal-West.

Die Mannschaften müssen zu den angegebenen Zeiten pünktlich auf dem Hertaplatz sein.

Fortuna I — Dynamo I

spielen am heutigen Freitag um 18,30 Uhr, auf dem Rot-Weiß-Platz unter Leitung von Wüthel (Rot-Weiß). Die 2. Mannschaften (Spieler um 17 Uhr. Schiedsrichter Rosenthal (Spielvereinigung).

Proletarier in einer Reihe, wählt Kommunisten, Liste 3!

Berichtigung!

In unserer Mittwoch-Ausgabe muß es in dem Artikel: „Arbeiter, Werktätige Breslauer“ im letzten Absatz, wo es heißt: „Durch das Ausbrechen entlarvt sich die SPD-Führung ganz offen!“, „S. A. F. Führung“ heißen.

Es geht von Mund zu Mund, daß **Circus Strassburger**



der Circus des deutschen Volkes, der Circus der mehr als 200jährigen Tradition, der Circus der Riesen zahlen, nach mehrjährigen erfolgreichen, ruhmreichen Auslandstourneen mit seinem Riesenaufgebot von Menschen und Tieren nach seiner Heimat

zurückgekehrt ist und demnächst in **Breslau** zum 1. Male mit seinem Haupt-Unternehmen

nur kurze Zeit gastiert!

Vom großen Strassburger wird und muß ganz Breslau sprechen

Eröffnungs-Vorstellung

Strassburgers Circus-Festsplele auf dem Platz an der Jahrhunderthalle, am Donnerstag, den 28. Juli, abds. 8 Uhr

Strassburgers phänomenaler Rekord-Spielplan mit 40 Programmteilen

In jeder Vorstellung wird auch für Breslau die Sensation des Jahres 1932 bedeuten!

Strassburger zeigt in allen Vorstellungen seinen unerreichten, noch nie dagewesenen reichhaltigen Spielplan, bestehend aus nur erstklassigen, internationalen zirkus-artistischen Spitzeleistungen, eine ausserlesener, epischer als die andere. Gleich einem monumentalen Filmwerk während dieser Stunden in unaufhörlicher hinreißender Reihenfolge

fabellhafte, staunenerregende, fesslende und farbenprächtige Darstellungen vorüber, unerhörte Sensationen formen sich zu einem glänzend besetzten Programm zusammen, welches genau zusammengestellt und vortrefflich inszeniert eine großartige Schau der klassischen sowie auch modernen Zirkuswelt wiedergibt. Die unvergleichliche Vollendung der Leistungen all des Dargebotenen bedingt, daß Strassburgers einzig dastehendes Zirkusprogramm einen Riesenerfolg aufweisen wird. Strassburgers sensationeller Rekordspielplan in einer Menge und einer Reizanzahl bedeutet eine vollständige Neuheit für Breslau. Strassburger bietet in seinem Kulturunternehmen ersten Ranges und höchster Qualität das Beste vom Besten. Massen für die Massen. Kommen Sie und nehmen Sie die vielleicht in zehn Jahren nie wiederkehrende Gelegenheit wahr, Strassburgers Wunderwelt in sich aufzunehmen. Sie werden es niemals bereuen.

Strassburger in Zahlen:

200 Menschen, 500 Tiere, 100 Wagen, feenhaftes Prunkfassade, eigenes Elektrizitätswerk, 150 Pferde, 25 Löwen, 35 Tiger, Prärie-Wölfe, Leoparden, Kängurus, Hirsche, Kraken- und Waschbären, Zwergfüchse, 20 Gnommen, Lamas, Zebus, Zebros, südafrikanische Wasserbüffel, 15 Kamele, Dromedare, 10 Elefanten, 10 Eisbären, 10 Braunbären, 50 eigene Musiker, 25 Auguste, Clowns, Spaßmacher, 20 Neger, Chinesen, Araber, Marokkaner, Riffkabylen, 10 Tscherkessen, Kosaken, 12 Ukrainer, 10 Spanier, 8 Crickos, 10 fliegende Menschen und vieles andere mehr und dazu die mehr als niedrigen Eintrittspreise, die in der Tat jedem Gelegenheit bieten, sich für einige Stunden von den Alltags Sorgen zu befreien.

Nachmittagspreis: 40 Pf. bis 1,40 Mark. Abendpreise: 80 Pf. bis 2,80 Mark. Billets: Verkehrsbüro Barasch, Am Ring, Tel. 526 41 und an allen Circuskassen. Erwerblosler, Kriegeschädigte und Renteneinpfänger zahlen für die Abendvorstellungen auf allen Sitzplätzen gegen Vorlage ihres Ausweises an den Circuskassen nur halbe Eintrittspreise.

Sie kommen natürlich!

Fleisch- und Wurst Richard Krusch

Breslau, Adalbertstraße 15
Klosterstraße 49
Matthiasstraße 166
Neue Taschenstr. 30
Tiergartenstraße 26

Die Kristall Vase, Schalen, Karaffen, zerstückbar, auch handgemalte Porzellan bis auf weiteres zu jedem nur noch annehmbaren Preise

Maria Becker Alte Taschenstraße Nr. 3-5 an der Ohlauer Straße

Vogellutter für alle Vögel in bekannter Güte. Alle Artikel für Vögelliebhaber u. Aquarianer täglich frisch amüsante Futter-Stubl Kupferchimiebestr. 7 Vogelbauer, Aquarian in großer Auswahl!

Bruno Kastner

Fleischerei
Breslau, Adolfstraße 14



1. Plack

Antifaschistische Aktion

Auf der Rückseite:

„Die Internationale“

2. Leow

Gegen Faschismus und imperialistischen Krieg

Das Rote Sprachrohr Berlin bringt:

„Und richten sie die Gewehre“ (Russisches Rotarmistenlied)

3. Overlach

Schluß mit der unerträglichen Not

Das Rote Sprachrohr Berlin bringt:

„Das Lied der Roten Fahne“ (gewidmet dem Zentralorgan der KPD)

4. Putz

Werktätige Bauern mit den Arbeitern in einer Front

Das Rote Sprachrohr Berlin bringt:

„Den Sowjets gehört diese Erde“ (Traktorenlied)

5. Torgler

Arbeiter, Angestellte und Beamte in einer Front

Das Rote Sprachrohr Berlin bringt:

„Das Lied der Roten Fahne“ (gewidmet dem Zentralorgan der KPD)

6. Vos

Die arbeitende Jugend greift an

Das Rote Sprachrohr Berlin bringt:

„Lied der Komsomolzenstoßbrigaden“

Zu beziehen durch:

STÜCK 1,25

Büro- u. Organisationsbedarf GmbH.
Berlin NO 43 Neue Königstraße 55/56

Aus Niederschlesien

4 Reichsbanner-Arbeiter erklären ihren Uebertritt zur KPD.

Als Antwort auf den Versuch der SPD-Führer, die rote Einheit zu zerschlagen — Reichsbannerkamerad Gruschok fordert seine Kameraden auf, zur KPD. überzutreten

Löwenberg. Nachdem am 9. Juli eine Demonstration der Löwenberger Einheitsfront, Terrorbanden der Nazis zurückgeschlagen hatten, wurde vom Kampfausschuß in Löwenberg beschlossen, am Sonnabend, den 16. Juli, erneut eine gemeinsame Kampfdemonstration gegen die Faschisten durchzuführen. Bei der Kundgebung auf dem Markte sollten Vertreter der SPD. und KPD. sprechen. Auf Grund von Anweisungen der SPD.-Bürokratie aus Görlitz versuchte man in verbrecherischer Weise die Einheitsfront zu sprengen. Die Beschlüsse des Kampfausschusses wurden nicht durchgeführt, sondern lediglich eine Demonstration der „Eisernen Front“ angeführt. Auch sollte nur ein Vertreter der SPD. sprechen.

Wenn die Sozialdemokraten gehäht hätten, welche Folgen diese Sabotage an der proletarischen Einheitsfront haben würde, vielleicht hätten sie sich nicht so offen entlarvt als die Feinde der Einheitsfront.

Jüngere Arbeiter der SPD. und des Reichsbanners standen während der Demonstration auf den Bürgersteigen und solidarisierten sich mit den Kommunisten, die zwar im Kampfe gegen die Nazis an erster Stelle gestanden hatten, aber auf Befehl Heimanns nicht mitmarschieren durften. Die Empörung war ungeheuer.

Am Abend fand dann eine öffentliche Versammlung der SPD. statt, in der Hartmann, Wunzlan, referierte. Genau wie alle anderen Sozialdemokraten konnte er auch nicht in einem Punkte den Weg des Kampfes zeigen. Er verstand es aber, aus Schwarz Weiß zu machen und umgekehrt.

In der Diskussion meldete sich zuerst der Reichsbannerarbeiter Helmut Gruschok. Er gab folgende Erklärung für sich und drei weitere Reichsbannerarbeiter, Paul Lietzsch, Erich Wollusch und Martin König ab (ein Reichsbannermann ist bereits im Mai aus dem Reichsbanner ausgetreten):

„Wir haben heute gesehen, wer es ehrlich mit der Einheitsfront meint! Nur die Kommunisten! Darum erklären wir vier hiermit unseren Uebertritt zur KPD. und fordern euch alle auf, dasselbe zu tun!“

Stürmischer Beifall war die Antwort aller Klassenbewußten Arbeiter.

Dann rechnete Genosse Waender mit den Feinden der Einheitsfront ab. Er zeigte, wie selbst sozialdemokratische Funktionäre über ihre eigenen Führer denken. So erklärte der Vorsitzende der Löwenberger SPD., Gruschok, als der Kampfausschuß zur Anforderung eines Referenten zu einer Erwerbslosenversammlung Stellung nahm:

„Sollt doch lieber einen Hebräer von der KPD., unsere Führer befragen im Kampfe ja doch bloß.“

Diese Erkenntnis hatte aber G. nicht davor bewahrt, jetzt wieder umzufallen. Genosse A. zeigte weiter auf, wie die Führer der SPD. trotz aller radikaler Redensarten nach wie vor eine Politik treiben, die den Interessen der Arbeiterklasse auf das Schärfste gegenübersteht.

Während wir Kommunisten von früh bis abends daran sind, die Einheitsfront zu schmieden, zerbrechen sich die sozialdemokratischen

Führer von abends bis früh den Kopf, wie sie die Einheit wieder zerschlagen können!

Da nützte auch der größte Lärm der Wunzlaner Schufe und das Gejammer des Konsum-Bonzens nichts, die Arbeiter begriffen, wer es ehrlich mit der Einheitsfront meint.

Zum Schluß gab noch Genosse Waender die Erklärung ab, daß trotz aller Sabotage der SPD. die Kommunisten weiter im Kampfausschuß arbeiten und ihre proletarische Pflicht tun werden und fort-

In Görlitz — rote Einheit auf der Straße geschmiedet

Die Wahrheit über die Straßenschlacht am letzten Freitag — 4000 Freigewerkschaftler, SPD.- und KPD.-Arbeiter in Antifaschistischer Aktion

Zu einer provozierenden Kommunisten-Deje überster Art benützten die Görlitzer Blätter die Vorgänge vom Freitag.

Voran natürlich das Naziblatt. Die „Nachrichten“ ließen am liebsten die Kommunisten mit Kanonen schießen, nicht weniger als 60 Schuß haben nach Ansicht dieser Schwindel-Zeitung die Kommunisten auf die „ahnungslose liebe Polizei“ abgegeben. Der „Neue Görlitzer Anzeiger“ ließ zwar die Kommunisten nur zehnmal schießen, dafür mühte aber nach den Schilderungen dieser Zeitung der Görlitzer Park zur Baum- und strauchlosen Wälderlandschaft verwandelt sein. Soviel Worte, joviell Lügen! Daraus werden die Arbeiter die Konsequenzen ziehen und nur noch die „Arbeiter-Zeitung“ lesen. Einmal können wir dieser Presseente aber verzeihen: „Düfte die mit vollem Recht empörte Arbeiterschaft die Waffen und Knüppel, die ihr ihnen angedichtet habt, wirklich in ihren Fäusten gehalten, und wären die bis aufs äußerste gereizten Menschen nicht letzten Endes doch überlegende, und nächsten denkende Arbeiter gewesen, in Görlitz wäre kein brauner Nordbandit mehr zu finden.“

Wie haben sich die Vorgänge wirklich abgespielt? Die Nazis versuchten am Freitag, den 15. Juli, vormittags, mit einer von ihnen einberufenen Erwerbslosen-Versammlung Dummhe zu fangen. Zu dieser Versammlung erschienen ungefähr 150 Nazis, der überwiegende Teil waren Freigewerkschaftler, Reichsbanner-, SPD.- und kommunistische Arbeiter. Gleich zu Beginn der Versammlung provozierte der Nazitredner die Arbeiter in der schamlosesten Weise. Die anwesenden Arbeiter protestierten gepocht gegen diese Unverschämtheiten, verhinderten schließlich ein Weiterreden und sprengten durch geschlossenes Verlassen des Saales unter den Klängen der Internationale die Versammlung. Der Zug setzte sich in Richtung Stadtinneres in Bewegung.

Die Polizei ritt Attade und schweifte damit in Görlitz die Einheitsfront der Arbeiter. Der Zusammenschluß der

berte die sozialdemokratischen Arbeiter auf, gut auf ihre Vertreter aufzupassen, um jeden Versuch zur Zerschlagung der Einheitsfront zu verhindern.

Das Schlußwort Hartmanns war nur noch ein verlegenes Gestammel. Ganz aus war es mit seiner Ruhe, als er mit Pathos in den Saal rief: „Warum werden nur SPD.-Führer von den Nazis verfolgt und gejagt und keine Kommunisten? Waender bekommt sofort noch einmal das Wort, wenn dies nicht stimmt!“

Daraufhin sprang Genosse Waender nochmals auf die Bühne und fragte mit:

„Wen haben die Nazis im Landtag überfallen? Die KPD.“

Wer ist ausgerissen? Die SPD.“

Jetzt war Hartmann ganz aus dem Konzept und konnte nur unter größter Mühe sein Schlußwort zu Ende führen.

Ein „Rot Front!“ den vier neuen Kampfgenossen aus dem Reichsbanner. Auch die anderen Arbeiter der „Eisernen Front“ werden diesen Weg gehen, denn dies ist der einzige Weg für jeden revolutionären Arbeiter.

Frauen!

In Deutschland Hunger — in der Sowjetunion Brot! Schützt und verteidigt das sozialistische Land!

Arbeiter, auch gegen den Willen einiger Führer der SPD., war nicht mehr aufzuhalten.

Scharfe Worte wie: „Dann ohne Euch!“ überzeugten diese sehr schnell, daß ein längeres Stenzen gegen den Zusammenschluß nur für sie selbst nachteilige Folgen haben könnte. Zu der am Abend desselben Tages von den Nationalsozialisten nach dem Stadthallengarten einberufenen öffentlichen Versammlung fanden sich dann auch alle klassenbewußten Arbeiter, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, in noch nie geiebener Geschlossenheit ein. Die Stimmung aller zeigte eisernen Abwehrwillen gegen den gemeinsamen Feind. Die Nazis wurden durch Spitzel und Horcher von den sie in der Stadthalle erwartenden Wäldern schleunigst benachrichtigt und zogen nach dem „Trotz“. Dort ließen sie sich von der Polizei einschließen. Nach bekanntwerden dieser Tatsache, bemühtigte sich der im Stadthallengarten Wartenden eine ungeheure Erregung.

Spontan, unter dem Gesang der „Internationale“ und „Brüder zur Sonne“ setzten sich die auf ca. 4000 angewachsenen Arbeiter zu einem Gegen-Demonstrationszug durch die Stadt in Bewegung.

An der „Lumpenmüllstelle“, gen. Hiltershaus, sperrte die Polizei den demonstrierenden den Durchgang, die Masse drängte von hinten nach und es entstand ein ungeheures Gedränge. Diesen Moment benützten nachweisbar in der Menge mitgehende Nazi-großschönjungen, zogen ihre Pistolen und ballerten los. Die Schupo und die blaue Polizei machte nun ihrerseits die „Kanonen“ fertig und knallten ca. zwölftmal los. Und dann — ja dann fing unsere liebe Polizei zu „schämen“ an.

Dem einen wurde der Gummiknüppel dermaßen über den Schädel geschlagen, daß der Knüppel in zwei Teile zerbrach (Schreien können es bezeugen), eine Frau wurde niedergeschlagen, daß sie weggetragen werden mußte, ein einbeiniger Kriegskrüppel wurde mit den Worten: „Auf dich warten wir schon lange!“ niedergeschlagen und auf der Erde „tapfer“ weiter bearbeitet, bis er blutüberströmt liegen blieb. Dies sind nur einige Fälle, für die wir jederzeit Zeugen beibringen könnten.

Nach dieser „Schlacht in der Gartenstadt“ ging die Jagd mit dem „Hilger“ in der Innenstadt (Mittstadt) los. Ueberall, wo nur einige Menschen zusammenkamen, neuer „Schuß“ mit dem Gummiknüppel. Teilnahme folgte auf Teilnahme. Wo irgend in einer Haustüre ein ganz unbeteiligtes Liebespaar stand, wurde es nach Waffen durchsucht und durfte froh sein, wenn es nicht mit verhaftet wurde. Sonnabend wurde dann anschließend alles verhaftet, was nur die Andeutung eines Verbandes an sich hatte.

Sonderbar berührt es uns, daß die „Görlitzer Volkszeitung“ bis jetzt noch keinen Wirklichkeits-Bericht über die Vorgänge brachte. Hat sie vielleicht Angst vor der eigenen Courage? An euch Volksgenossen, klassenbewußte Proletarier, Kameraden der „Eisernen Front“, die ihr gestern an unserer Seite gestanden habt, an euch richten wir den Ruf: „Denkt daran, vereint sind wir alles! Reicht euch ein und bleibt treu der roten Einheitsfront!“ Rot Front!

Aus Waldenburg

Pflichtarbeiterstreit gegen Faschistenterror

(Arbeiterkorrespondenz)

Kunzendorf. Am 18. Juli wurde bekannt, daß die Faschisten in Schlegel und Ebersdorf fliegende Versammlungen durchzuführen wollten. Im Nu verbreitete sich die Nachricht in den Dörfern Schlegel, Ebersdorf, Ederzdorf, Mittelsteine und Kunzendorf.

Die Pflichtarbeiter auf der Straße in Mittelsteine legten sofort die Arbeit nieder und zogen mit den Erwerbslosen und Frauen nach Schlegel.

In einer Versammlung wurde zu den geplanten fliegenden Versammlungen Stellung genommen. Ob Kommunist, ob SPD. oder parteilos, Einmütigkeit herrschte darüber, die Nazis dürften unter keinen Umständen ein zweites „Gnadenjahr“ versuchen. Als die Nordfaschisten dann mit ihrer Kapelle auf Autos ankamen, wurde ihnen ein „Willkommen“ von seiten der Arbeiterschaft geboten. Auf ihr Heil-Hiller-Gezähle löste ihnen ein brausender Ruf des Hasses entgegen. Als sie dann nach Ebersdorf weiterziehen wollten, setzte sich sofort demonstrativ die Arbeiterschaft in Bewegung. Die Polizei versuchte einige Verhaftungen vorzunehmen, an dem festen Willen der Arbeiter scheiterte ihr Beginnen, erst als sie Verstärkung erhielt, lösten sie den Demonstrationzug auf. Jedoch die Arbeiter waren nicht mehr so leicht auseinander zu bringen, in Gruppen beherrschten sie die Straße. Ultimativ verlangte die Arbeiterschaft, daß der Nazi Dr. Tenber die Palantenzirkeln einzieht, und keine zehn Minuten später waren sie weg. Allgemein kam bei der Bevölkerung der Gedanke zum Ausdruck, daß die geschlossene Einheitsfront den Nazis horden sehr schnell das weitere Worden verfallen kann. Einmütig wurde aber auch von SPD.-Genossen verurteilt, daß an diesem Tage einzelne Reichsbanner-Funktionäre im Garten standen, aber in den Klauereien waren.

Viele Reichsbannerarbeiter haben an diesem Tage praktisch Ge-

legenheit gehabt, zu erkennen, daß die Kommunisten verstehen, die kämpfende Einheitsfront wirklich herzustellen.

Wir sind überzeugt, der Kampfwille der Arbeiterschaft wächst und an der geschlossenen Front der Ausgebeuteten wird und muß der Faschismus zerbrechen, wird der kapitalistische Staat im Kampf verwickelt und wir werden den Staat aufbauen, an dem die russischen Arbeiterbrüder und Schwestern schon 13 Jahre siegreich arbeiten.

Deshalb wählen wir am 31. Juli Liste 3 und bekunden damit, daß wir an dieser großen Aufgabe mithelfen wollen.

Kameraden der Wabag schafft roten Massenelbstschuß

Faschisten werden von der Direktion großgezüchtet — Terror gegen die kleinen Angestellten Ringt um die irregulären Arbeiter — Schafft in jedem Schacht Staffeln des roten Massenelbstschusses gegen den Werkfaschismus

(Bergarbeiter-Korrespondenz)

Waldenburg. Eine Versammlung der faschistischen Elemente der Wabag wurde durch einen Ausbruch am schwarzen Brett auf den Schachtanlagen der Wabag einberufen. Diese trugen das Sichtvermerk des Betriebsführers Ploß. Also mit Einverständnis der Werkleitung! In der am 14. 7. stattgefundenen Betriebsratsitzung wurde zu diesem Ausbruch Stellung genommen und ein Antrag gegen eine Stimme angenommen, welcher forderte, daß dieser Ausbruch entfernt werden sollte. Der das Sichtvermerk gezeichnete Betriebsführer Ploß glaubte in diesem Augenblick nicht kompetent zu sein und wollte erst mit dem Direktor Dr. Schmidt über diese Sache sprechen. Diese Antwort danach war keine. Man überlebte nur die auf dem Ausbruch aufgeführte Tagesordnung.

Daran kann jeder Kamerad erkennen, daß die Werkfaschisten von seiten des Unternehmers die vollste Unterstützung finden.

Uns Klassenbewußten Arbeitern der Wabag ist das nicht fremd. Uns interessiert jetzt, wer diese Nazi-Betriebszellen-Versammlung besuchte? Der größte Teil der Besucher sind die den Pumpels bereits bekannten Nazi-Agitatoren wie Steiger Grimm, Kreuzer, Vogel, Weps usw. Ein anderer Teil sind

die kleinen Angestellten der Verwaltung, welche sich durch ihre Mitgliedschaft in der Nazi-Betriebszellen-Versammlung vor der Entlassung schützen wollen.

Der kleinere Teil sind die Arbeiter, die dem fortwährenden Drängen der Nazi-Agitatoren, in die Betriebszellen einzutreten, nachgeben, um Ruhe zu haben.

Es wird Aufgabe der klassenbewußten Arbeiter sein, mit diesen verirrten Elementen sachlich zu diskutieren, um sie von der falschen Ideologie loszureißen, um sie wieder zurückzugewinnen zur revolutionären Klassenfront, die nur einzig die Gewähr leistet, Brot, Arbeit und Freiheit zu schaffen.

Karl Marx sagte: „Das Wort der Befreiung kann nur das Wort der Arbeiterklasse selbst sein.“ Noch länger warten, wäre ein Verbrechen an der Arbeiterklasse: Nicht lange wird es dauern, und die in der SW. und SS. organisierte faschistische Werkpolizei wird von uns genau so wie nderer Opfer fordern. Lange genug sind wir Bergarbeiter bespitzelt und provoziert worden.

Arbeiter der Eisernen Front, der Antifaschistischen Aktion, Abzeichen angeheft! Es gilt, alle antifaschistischen Klassenbewußten Arbeiter in den Betrieben der Wabag zu sammeln. Fordert von den Betriebsräten Belegschafts-Versammlungen zur roten Einheitsfront, zur Antifaschistischen Aktion!

Schafft Betriebsklassen des roten Massenelbstschusses



SA. stürmen Greifswalder Konsumverein und Arbeiterbaraden

Anläßlich des SA.-Aufmarsches am 17. Juli in Greifswald kam es zu blutigen Zusammenstößen.

Wir berichteten bereits über die Ueberfälle der SA.-Banditen auf die Greifswalder Arbeiterschaft. Die gesamte bürgerliche Presse staltet auf Grund der Vorfälle eine maßlose Heße gegen die antifaschistische Arbeiterschaft und gegen deren Führerin, die KPD. Wir sind heute in der Lage, einwandfrei die Blutschuld der nationalsozialistischen Verbände nachzuweisen. Die gesamte Greifswalder Arbeiterschaft,

die in roter Einheitsfront gegen den braunen Mordterror stand,

ist Zeuge, daß die Ueberfälle von den Nazis planmäßig organisiert wurden, daß die SA. von der Polizei des Sozialdemokraten Geuring zu Hilfsdiensten herangezogen wurde.

Wie begannen die Zusammenstöße?

SA.-Sturm auf Konsumverein

Planmäßig hatten die Nazis zu ihrem Ueberfall ihre Leute aus der ganzen Umgebung herangeholt. Aus Stettin, aus Demmin und Klein, aus Eldena und Anklam, aus Kömitz usw. von überall hatten sie ihre Nordbanden herbeigebracht, um über die unbewaffneten Arbeiter herzufallen. In mehreren Sälen der Stadt hielten sich die Nazis auf.

Mittags gegen 3.30 Uhr, waren diese von ihren Führern maßlos aufgepeitschten SA.-Banden einfach nicht mehr zu halten und gingen daran, den Konsumverein zu stürmen. Mit Jaunlaten und Stöcken bewaffnet begannen sie den Sturm und

eröffneten ein wüstes Steinbombardement gegen die Konsumanstalt.

Die wenigen Insassen des Konsumvereins mußten über den Hof zur Fleischstraße flüchten, um sich hier vor den braunen Mordbanditen in Sicherheit zu bringen.

Massenselbstschutz eilt den bedrängten Reichsbannerkameraden zur Hilfe

Wie ein Lauffeuer ging die Nachricht von dem Ueberfall durch die Stadt, in heißen Scharen strömten die Arbeiter, insbesondere die Mitglieder des Massenselbstschutzes herbei und eilten den Reichsbannerkameraden zu Hilfe, die sich hier der Nazis zu erwehren versuchten. Bei diesem Zusammenstoß gab es auf beiden Seiten mehrere Verletzte. Verlogen schreibt die „Greifswalder Zeitung“, die sich nicht genug tun kann in einer maßlosen Heße gegen die Arbeiterschaft, daß die SA.-Leute den Arbeitern eine größere Menge Latex, Pfeife und andere Schlagwerkzeuge abgenommen hätten. In Wirklichkeit handelt es sich hierbei um die Mordwerkzeuge, mit denen die Nazis ihren Sturm unternahmen und da deren Beschaffenheit nun einmal nicht mehr abzuleugnen ist, schwindelt man einfach, sie hätten dieselben den Arbeitern weggenommen.

Den ganzen Nachmittag über herrschte eine ungeheure Erregung bei den Arbeitern. Immer wieder wurde die Polizei gegen die Arbeiter eingesetzt. Immer wieder wurde versucht, die Arbeiter mit allen Mitteln von der Straße zu treiben.

Der Nazisturm auf die Arbeiterbaraden

Schließlich konzentrierten die Nazis ihre ganzen Kräfte auf die Baraden und unternahmen einen regelrechten Sturm auf vor, demolierten was ihnen in den Weg kam, schlugen auf die dieselben. Mit Prülen und Töben gingen sie gegen die Arbeiter Arbeiter ein. Sofort setzte auch die Polizei ein, umstellte und befehligte die Baraden und verhaftete alle in den Baraden anwesenden Männer.

Auch bei diesem Ueberfall wurden eine ganze Reihe Arbeiter verletzt. Sofort machte sich die Polizei daran, die Baraden nach Waffen zu durchsuchen. Die Verhafteten wurden abgeführt und

hierbei spielte die SA. regelrechte Hilfspolizei, terrorisierte jeden Arbeiter, dessen sie anständig wurde.

Auf Bereitschaftswagen der Polizei, gestützt auf deren Arabien, fuhr die SA. durch die Stadt, verhaftete Arbeiter und lieferte sie auf der Wache ab.

Bei der Durchsuchung der Baraden wurde auch nicht das geringste an Waffen gefunden, wie es selbst die „Greifswalder Zeitung“ eingestehen muß.

„Leider“, schreibt diese Heßzeitung, „konnte nicht eine einzige Waffe im Bereich der Baraden gefunden werden, auch keine Munition.“

Diese ganze Durchsuchung geschah mit Beihilfe der Nationalsozialisten. Im Gewerkschaftshaus mußte ein regelrechtes Lazarett eingerichtet werden, in dem den verwundeten Arbeitern die erste Hilfe geleistet wurde.

Die Arbeiter unter Belagerungszustand

Am Montag setzten dann überall bei den Arbeitern Hausdurchsuchungen und Verhaftungen ein. Natürlich wurde nicht das geringste gefunden, um so verhaftungswilliger aber wurde die Polizei und es hatte fast den Anschein, als ob man durch Verhaftungen die gesamte Arbeiterschaft beseitigen wollte.

Auch das Büro der Kommunistischen Partei wurde umstellt und durchsucht, wobei einige Stuhlbeine beschlagnahmt wurden. Die ganze Stadt ist von auswärtiger Polizei, in der Hauptsache aus Stettin, belagert.

Im Stadtparlament, wo die Vorgänge zur Sprache kamen, wurde einem Antrag unserer Genossen stattgegeben, keine auswärtige SA. mehr in Greifswald hereinzulassen.



1. Billigen die sozialdemokratischen Kollegen das Vorgehen des SPD.-Polizeipräsidenten Eggerstedt und seiner Polizei?

Obwohl die Nazis dem Polizeipräsidenten Eggerstedt erklärten, daß sie gerade in die rote Altstadt marschieren wollten, um die Gegner aufzuweichen, erlaubte er die Provokation. Nach der Feststellung des „Hamburger (demokratischen) Anzeigers“ fielen die ersten Schüsse von seiten der Nazis. Darauf begannen die Mäntel der Polizei. Eggerstedts Polizei zusammen mit hitler's SA. gingen gegen die Arbeiter vor. Das „Hamburger (Nazis) Tageblatt“ rühmt den Schneid der SA., die die Straßen leergeräumt habe, und das „hervorragende“, „scharfe Zupacken“ der Eggerstedt-Polizei! Ergebnis 16 tote Arbeiter, darunter zwei Frauen, darunter auch zwei SPD.-Arbeiter! — Das Vorgehen Eggerstedts wird sicher auch von den sozialdemokratischen Arbeitern aufs schärfste verurteilt werden. Aber sehen die SPD.-Kollegen auch ein, daß dieses Vorgehen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten aus der SPD.-Politik hervorgehen mußte, welche ja all die Jahre den Faschismus gegen die Arbeiterschaft gestiftet und gefördert hat? Die SPD.-Führer in Einheitsfront mit Hitlers Nordbanden gegen die Arbeiterschaft — die SPD.-Arbeiter in roter Einheitsfront mit den Kommunisten gegen Hitlers Terrortruppen: das sind die zwei Fronten!

2. Was sagen die SPD.-Arbeiter dazu, daß die SPD.-Führer aus Anlaß der Polizeischießereien von Altona eine Heße gegen die KPD. machen?

Das „Hamburger Echo“, Organ der SPD., schrieb von der „Blutschuld der Kommunisten“, weil die KPD. nicht die SPD.-Parole angenommen habe: „Straße leer.“ Aber haben nicht die Erfahrungen aus Ebern- fürde allen Arbeitern gezeigt, daß diese Parole der SPD. ein Verbrechen an der Arbeiterklasse ist? Der Sozialdemokratische Pressedienst ging in seiner Heße gegen die KPD. noch weiter. Im preussischen Staatsrat setzte der Sozialdemokrat M e e r f e l d diese Heße fort. — Mit dieser insamen Schandkampagne geht die SPD.-Führerschaft der Regierung Wapen das Stichwort für ihre neuen faschistischen Maßnahmen: E i n s e t z u n g d e s R e i c h s k o m m i s s a r s in Preußen, militärischer Ausnahmezustand! So haben wiederum die SPD.-Führer dem Faschismus geholfen!

Der Weg zum Kunden führt

durch wirkungsvolle Inserate in maßgebenden Zeitungen — durch wachsendes Vertrauen zum gesteigerten Umsatz — zu Ihrem Erfolg;

durch

einen Beschluß der unterzeichneten Organisationen wird hierdurch die Anzeigen-Expedition für die Arbeiterpresse G. m. b. H. beauftragt, im Namen unserer nach Zehntausenden zählenden Mitglieder und Sympathisierenden, Anzeigen - Abschlüsse für unser Organ

„Arbeiter-Zeitung“

abzuschließen

Unsere Vertreter, die bereits für „Der Weg zum Kunden“, der Anzeigenbeilage unserer Zeitungen, ihre Arbeit aufgenommen haben, unterbreiten im Auftrage unserer Organisationen der Geschäftswelt des Bezirks Schlesiens unser vorteilhaftes Angebot

Zehntausende Familien — die große Masse der Konsumenten — empfehlen jedem Geschäftsmann — durch Abschluß eines Vertrages eine Anzeige zur Veröffentlichung in unseren Zeitungen aufzugeben

Es wird nur noch für „Der Weg zum Kunden“ im Führer der „Arbeiter-Zeitung“ geworben. **Die Anzeigen-Werbung für die Organe der überparteilichen Organisationen kommt in Wegfall**

Durch dieses vorteilhafte Angebot bringen wir Ihnen eine zeitentsprechende Rationalisierung und, was für Sie nicht minder von Bedeutung ist, eine große Ersparnis

Unsere Zeitung ist als erstklassiges Werbemittel allen Geschäftsleuten im Bezirk Schlesien bekannt. Es wird uns eine besondere Genugtuung sein, wenn durch den Ihnen angebotenen „Weg zum Kunden“ jeder Geschäftsmann durch Aufgabe einer Empfehlungsanzeige den gebotenen Vorteil ausnutzt. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß die für uns tätigen Vertreter im Besitz eines Ausweises sind. Im Interesse der Geschäftswelt bitten wir, diese Ausweise stets zur Einsicht zu verlangen

Unsere Organisationseinheiten geben wir hiermit die Anweisung, nur den mit diesen Ausweisen versehenen Vertretern ihre Unterstützung bei der Anzeigenwerbung zu geben

- Kommunistische Partei, Bezirk Schlesien ● ●
- Verlag Arbeiter-Zeitung, Breslau ● Rote Hilfe ●
- Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit ● ●
- Kommunistischer Jugend-Verband ● Freier Radio-Bund ●
- Reichskomitee werktätiger Frauen ● ●

Hitlerpartei für Tributleistung und Notverordnung

In Mecklenburg-Strelitz regieren die Nationalsozialisten. Am 14. Juli stellten die Kommunisten den Antrag, daß der Landtag von der Regierung Papen

I. die Einstellung sämtlicher Tributzahlungen und -zinsen

II. die Aufhebung der Hungernotverordnungen Brünnings und Papens fordert.

Die Nationalsozialisten stimmten gemeinsam mit den Sozialdemokraten gegen diesen Antrag. Damit haben sich die Nazis schützend vor Brünnings und Papen gestellt und ein für allemal als Tributknechte entlarvt.

Glaubt den Nazis nicht, was sie in den Versammlungen und Zeitungen versprechen. Seht dorthin, wo sie regieren!

Überall, wo die Hitler-Partei die Macht hat: in Braunschweig, in Anhalt, in Oldenburg und Mecklenburg, führt sie die Notverordnungen rücksichtslos gegen die Werktätigen durch.

Verbreitet diese Saffachen in Stadt und Land.

Laßt die nationalsozialistischen Volksbetrüger nicht mehr aus der Zange.

Es gibt nur eine Partei, die gegen Tributsklaverei und die Hungernotverordnungen kämpft: die Kommunistische Partei!

Mit den Kommunisten gegen Faschismus zur Freiheit Wählt Liste 3